H 8040 F
Nummer 57
März/April 99
3,- Mark

# DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

## BLUTGRUPPE DEUTSCH

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT
BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
REISEPASS

# Inhalt



## Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • 30161 Hannover
Postanschrift:
**DER RECHTE RAND**
**Postfach 1324 • 30013 Hannover**
Tel.: 0511 / 33 60 209
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

## Eigentumsvorbehalt:



# Editorial

*Vier Schlaglichter aus den ersten drei Monaten des Jahres 1999: Die Unterschriftensammlung der Unionsparteien führt auf der Straße zu „ganz normalen" Anfragen, ob man denn hier richtig sei, um gegen „die Türken" zu unterschreiben. Ein algerischer Asylbewerber wird im brandenburgischen Guben von rassistischen deutschen Jugendlichen verfolgt, gejagt, zu Tode gehetzt. Im österreichischen Bundesland Kärnten erringen „Die Freiheitlichen", die Partei des Rechtspopulisten Jörg Haider, mehr als 40% der Stimmen - eine Partei, deren Vorsitzender sich nicht zu schade war, Veteranen der Waffen-SS als „anständige Leute" zu bezeichnen oder die Vorzüge des „3.Reiches" bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen zu loben. In Saarbrücken wird ein Bombenanschlag auf die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-44" verübt.*

*Alltägliches Geschehen, das für sich spricht und die Notwendigkeit antifaschistischer Arbeit mehr als deutlich macht. Der alltägliche Rassismus in Deutschland diskriminiert, beleidigt und verletzt nicht nur - er tötet auch. Der Fall Guben sticht zwar heraus, aber Meldungen über vergleichbare Vorfälle, mit und ohne Todesopfer, kann man jede Woche in den Nachrichten finden. Die beteiligten deutschen Jungnazis aus Guben stehen stellvertretend für viele andere, sie brauchen nicht einmal bewußte Faschisten zu sein. Der Tod eines „Fremden" wird schlicht und ergreifend in Kauf genommen. Es hätte auch ein Punk sein können, ein Schwuler, ... egal. Minderwertiges Leben eben. Dieser Ungeist macht sich nicht nur auf der Straße sondern auch in den Parlamenten breit. Das politische Machtgefüge in Österreich und in der Bundesrepublik Deutschland läßt sich nicht ohne weiteres vergleichen. Und noch gibt es in Deutschland nicht die rechte Partei, die es in der gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz mit den „Freiheitlichen" in Österreich aufnehmen kann. Aber zweistellige Wahlergebnisse in Länderparlamenten hatten wir in Deutschland in den 60ern für die NPD und seit den 80ern für „Republikaner" und DVU. Was soll noch alles passieren, bis den Faschisten die rote Karte gezeigt wird?*

***Die nächste Ausgabe von DER RECHTE RAND erscheint Anfang Mai. Redaktionsschluß ist der 14. April 1999.***

## „White Noise" & „Facing the Threat"

„White Noise", (frei übersetzt: „Weißer Lärm" bzw. „-Krach"), eine Anspielung auf die anglo-amerikanische Nazi-Parole „White Power", und „Facing the Threat" (frei übersetzt: „Angesichts der Bedrohung") lauten die Titel zweier Broschüren, die das britische antifaschistische Magazin „Searchlight" herausgegeben hat. „Facing the Threat" erschien in Zusammenarbeit mit der „Tyne & Wear Anti-Fascist Association". Sehr lesenswert - für Leute, die der englischen Sprache mächtig sind! Inhalt von „Facing the Threat" (DM 10,50) ist die Bedeutung des Faschismus für die Arbeiterbewegung - historisch betrachtet, und aktuell in Großbritannien und in einigen Staaten Europas. „White Noise" (DM 13,50) ist eine Dokumentation aus „dem Inneren" der internationalen Nazi-Skinhead-Szene. Beide Broschüren, und natürlich auch das monatlich erscheinende Magazin „Searchlight" (jährlich: DM 78,-), sind zu beziehen über

**Searchlight**
**37B New Cavendish Street**
**London W1M 8JR**

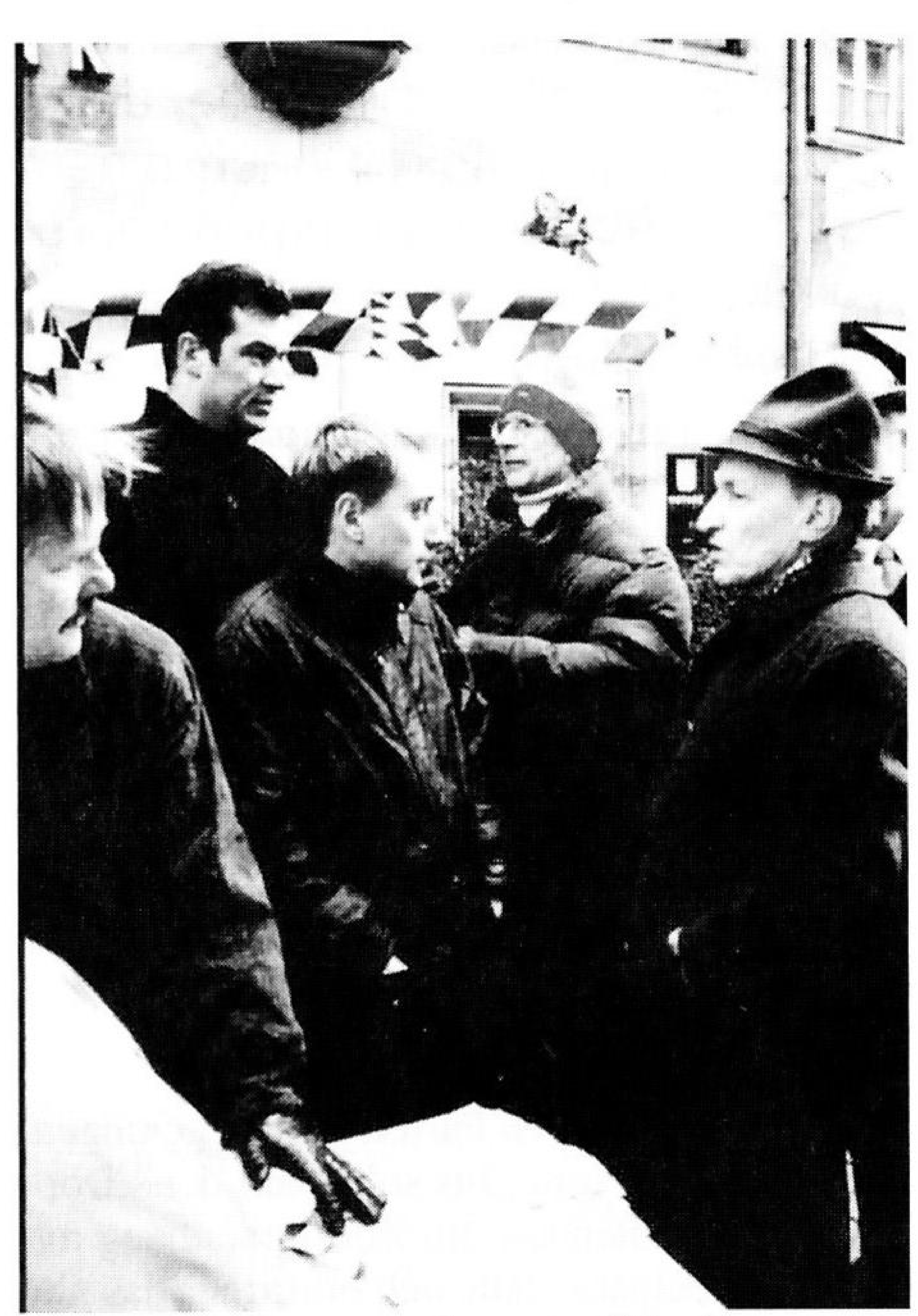
Matthias Rauch

# Hetze als Wahlkampfthema

**Das Thema „Doppelte Staatsbürgerschaft“ dominierte den hessischen Landtagswahlkampf. Angesichts des rassistischen CDU-Wahlkampfes versuchten die rechtsradikalen Parteien vergebens, ein eigenes Profil zu gewinnen. Analysen zeigen, daß vor allem junge Wähler diesmal statt bei den diversen Originalen ihre Kreuze bei den Christdemokraten machten. Doch außer bei dem Hauptthema offenbart sich bei zahlreichen CDU-Wahlkämpfern auch ansonsten der braune Geist.**

Die Dominanz der CDU im hessischen Wahlkampf stellte NPD, REPs und den „Bund freier Bürger“ (BFB) vor ein unlösbares Problem. Mit ihrer Stimmungsmache gegen Ausländer und für einen starken Staat blieben sie nahezu ungehört. In Talkshows, Zeitungen und auf der Straße dominierte die von der CDU initiierte Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft. Zwar waren die erwähnten Parteien mit Wahlständen präsent, erreichten aber dennoch kaum eine erkennbare Resonanz. Augenscheinlich wurde dies vor allem auf der Homepage der „Republikaner“ (REP). Nach der Ankündigung der CDU-Kampagne dominierte bei den neuen Texten die Zustimmung zur CDU. Zwar versuchten die REPs nachzuweisen, daß die CDU das Thema nur aus wahlkampftaktischen Gründen aufgegriffen habe und eine entschiedene „Ausländerpolitik“ nur von ihnen zu erwarten sei, eine eigene Rolle im Wahlkampf spielten sie so aber nicht. Im Fahrwasser der CDU-Kampagne erreichte die Truppe um den REP-Landesvorsitzenden **Haymo Hoch** dennoch 2,8% der abgegebenen Stimmen. Deutlich schlechter schnitten der „Bund freier Bürger“ mit 0,4 % und die NPD mit 0,2 % ab. Ausnahmen boten sich für den BFB nur im Wahlkreis Hersfeld, im Main-Taunus-Kreis und in Teilen von Frankfurt. In Bad Soden, der Heimatstadt von **Heiner Kappel**, erreichte der BFB sogar 4,9%. Ein dennoch unerwartet schlechtes Ergebnis, trat hier doch nahezu die gesamte FDP-Fraktion zum BFB über und ging man bisher von einer sehr starken Verankerung des BFB im Main-Taunus-Kreis aus. Auch die NPD konnte regional auf gute Ergebnisse verweisen. In der alten NPD-Hochburg Wölfersheim kam sie auf 9,9%. Erfolgreich erwies sich der rassistische hessische Wahlkampf lediglich für die CDU. Sie konnte um 4,2% zulegen. Vor allem unter den Jungwählern gelangen ihr starke Gewinne. Wahlforscher schätzen den Zuwachs für die CDU in dieser Wählergruppe auf ca. 10%. Die Zustimmung der jüngeren Wahlberechtigten hatte sich bereits während der Unterschriftenkampagne gezeigt. Nachdem die CDU in Hessen die Unterschriftensammlung bereits Mitte Januar gestartet hatte, zeigte sich, daß sich neben den über 50jährigen vor allem Jugendliche in die Listen eintrugen. Munter reihten sich die Jugendlichen mit Bluejeans und mit ausländischen Markenklamotten bekleidet in die Reihen jener ein, die sich suchend an die CDU'ler mit Fragen wandten, wie beispielsweise: „Wo kann ich denn jetzt gegen die Ausländer unterschreiben?“. Die Wahlkampfstände der CDU hatten ein bißchen was vom Speakers Corner in London. Alle rechten Meinungen waren erlaubt und diskutierbar. Protestierende Ausländer, Antifaschisten aber auch Liberale mußten sich hingegen diverse Beleidigungen gefallen lassen. Aggressiv verteidigten die CDU'ler ihre Stände.

Daß gerade die hessische CDU in vorauseilendem Gehorsam auf die aus Bayern eingeforderte Kampagne einstieg, verwundert kaum. Spitzenkandidat **Roland Koch** versuchte in den vergangenen Jahren vor allem mit „Law and Order“-Parolen auf sich aufmerksam zu machen. Er hatte sich u.a. an der Gründung des „Petersberger Kreises“ beteiligt, der vor 6 Jahren einen Rechtsruck in der CDU durchsetzen wollte und sich unter anderem dafür eingesetzt hatte, Koalitionen mit Parteien aus dem rechtsradikalen Spektrum - hier vor allem mit den „Republikanern“ - zu ermöglichen. Nach einer neonazistischen Demonstration 1993 in Fulda hatte er eine besonders perfide Argumentation gegen die Kritik am polizeilichen Verhalten gefunden. Der Kritik jüdischer Verbände hielt er entgegen, daß der neonazistische Auftritt kein jüdisches, sondern ein rein deutsches Problem sei, und sie daher nicht berufen seien, hierzu ihre Meinung zu äußern.



*Unterschriftensammlung in Nürnberg gegen die doppelte Staatsbürgerschaft: rechts der NPD-Funktionär Günter Rust, 2.v.links der CSU-Landtagsabgeordnete Markus Söder*

Noch deutlichere Worte findet in der Regel der CDU-Direktkandidat von Wetzlar, **Hans Jürgen Irmer**. Er ist Herausgeber und Hauptautor des Werbeblattes „Wetzlarer Kurier“, das durch markige Sprüche auf sich aufmerksam macht. Hier forderte Irmer beispielsweise die generelle Knebelung von abzuschiebenden Asylbewerbern und sprach angesichts von Kritik von „Gefühlsduselei“. In seinen Artikeln finden sich rassistische und antisemitische Inhalte, dennoch sah die hessische CDU nach Kritik von Rot-Grün keinen Grund, den Direktkandidaten Irmer abzusetzen. Er bewege sich - ebenso wie der Rest der Christdemokraten - im demokratischen Meinungsspektrum. Als einer der beiden CDU-Direktkandidaten für den Hochtaunus-Kreis trat **Bernd Hamer** an. Hamer war ebenfalls im „Petersberger Kreis“ aktiv. Er ist einer der altbekannten Rechtsaußenstürmer, die immer wieder bemüht waren, rechtsradikale Parolen zu übertrumpfen: So ist seiner Meinung nach das Boot nicht voll, sondern übervoll. Hamer schickte unmittelbar nach Beginn der Unterschriftensammlung eine eindringliche Warnung an die Vorsitzende des Ausländerbeirates seiner Heimatstadt Bad Homburg. Sie möge sicherstellen, „daß keine Heißsporne aus dem Ausländerbeirat Bad Homburg sich in irgendeiner Weise“ an angekündigten Protestaktionen beteiligen. 1993 referierte er unter anderem vor dem Frankfurter „Junge Freiheit“-Leserkreis. Auch hier hat sich die CDU in den vergangenen Jahren am rechten Rand profiliert. Im Fahrwasser der CDU-Bundestagsdirektkandidatin und BdV-Präsidentin **Erika Steinbach** vollzog sich vor allem in der „Jungen Union“ ein Rechtsruck. Während des Kommunalwahlkampfes im Jahr 1996 machte der neue JU-Vorsitzende **Boris Rhein** auf sich aufmerksam. Der wahlkampftaktische Zug der CDU-Führung, Frankfurter Einwohner aus EU-Staaten auf den hintersten Plätzen der Wahlliste auszustellen, um so Weltoffenheit zu symbolisieren, wurde von ihm unverhohlen rassistisch kritisiert. Wen wundert's, ist doch **Thilo Stratemann**, ein ehemaliges Redaktionsmitglied der „Jungen Freiheit“ und Schnittstelle der rechtsintellektuellen Szene im Rhein/Main Gebiet, als einer der zentralen Vordenker innerhalb der Frankfurter „Jungen Union“ bekannt. Nachdem sich Michel Friedmann gegen die rassistischen Positionen der „Jungen Union“ verwahrt hatte, geriet auch er unter Beschuß. Unverhohlen antisemitisch wurde er u.a. von Boris Rhein aufgefordert, sich künftig mit seiner Kritik zurückzuhalten; er wurde sogar als Belastung für die Frankfurter CDU dargestellt. Ein Angebot der Berliner Jüdischen Gemeinde, sich fortan in Berlin zu engagieren, wurde von der JU stürmisch begrüßt und mit den Worten kommentiert, in Frankfurt würde ihn niemand vermissen. Kurz vor der Landtagswahl kam es in der Frankfurter CDU zu einem weiteren Fall von Rechtsradikalismus. Der Ortsvorsteher eines Frankfurter Stadtteils, **Wolfgang Bodenstedt**, rechtfertigte offen einen Brandanschlag auf ein von Roma bewohntes Haus. Seit 1997 hatte er eine Hetzkampagne gegen Roma in diesem Stadtteil geführt. Als diese Hetze schließlich Neonazis zur Tat ermutigt hatte, warf er den Roma vor, durch die mangelnde Anpassung an deutsche Sitten seien sie selbst verantwortlich für diesen Brandanschlag.

Wiederum sah die hessische CDU keinen Grund zur parteiinternen Schelte und verteidigte Bodenstedts Aussagen. Der Funktionär des „Christlich Konservativen Deutschland Forums“ trat nach mehreren Wochen, in denen er in der öffentlichen Kritik stand, zurück. An der Rechtslastigkeit seines Ortsverbandes dürfte sich dennoch kaum etwas ändern. Im Zuge des Streites um Bodenstedt rückte Thilo Stratemann auf einen frei gewordenen Platz im Ortsbeirat nach. Der Vollständigkeit halber bleibt zu erwähnen, daß allen der genannten Direktkandidaten der Sprung in den Wiesbadener Landtag gelang.

Die Kampagne der CDU hat die breite Akzeptanz rassistischer und rechtsradikaler Positionen gezeigt. Addiert man die Gewinne der CDU, die eindeutig der Hetzkampagne zuzurechnen sind, und die Ergebnisse der Rechtsparteien, kommt man in den Bereich von 10% der hessischen Wähler, die über ein rechtsradikales Weltbild verfügen und entsprechend wählen. Gefährlich scheint vor allem, daß die CDU auch in Zukunft versuchen könnte, durch rassistische Hetze - wohlwissend über die möglichen Folgen - Wahlen zu gewinnen. Auch die dummdreisten Aussagen von CDU-Politikern, durch ihre Kampagne seien Erfolge von rechtsradikalen Parteien verhindert worden und ihre Hetzaktion geradezu eine Stabilisierung der Demokratie, stellen Fragen nach zukünftigen Reaktionen auf derlei Kampagnen. Vor allem der Umgang der anderen Parteien mit dem Wahlkampf der CDU macht eine deutliche Verschiebung des parlamentarischen Spektrums nach rechts bemerkbar. Die Forderungen der CDU wurden als Gesprächsgrundlagen genommen, die Möglichkeit zu Podiumsdiskussionen mit CDU-Politikern wurden auch von Rot-Grün wahrgenommen.So trugen auch diese dazu bei, den Vorgang als einen ganz normalen Akt im demokratischen Spektrum darzustellen. Auch hier stellen sich Fragen nach einem künftigen Umgang.

---

Wolf-Dietrich Bukow

# Vom Scheitern des modernen Staatsbürgerschaftsrechtes

**Seit Bestehen der Bundesrepublik wird eine Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechtes angemahnt. Die Bundesrepublik ist heute der einzige Industriestaat, der noch immer die Staatsangehörigkeit nach einem reinen „Jus sanguinis“ (Recht des Blutes), dem Abstammungsprinzip, regelt - ein Relikt aus der Tradition des völkischen Nationalismus und nur wegen der deutschen Teilung nach 1945 beibehalten.**

Mit dem Abstammungsprinzip ließ sich nämlich der Anspruch auf Wiedervereinigung juristisch gut untermauern und gleichzeitig erhielten die sogenannten deutschstämmigen Flüchtlinge, Spätaussiedler und Übersiedler ein grundgesetzlich verbrieftes Recht auf Einwanderung. Ist dieses Thema auch seit der Wiedervereinigung abgehakt, so hat sich doch an der völkisch-nationalen Regelung der Staatsangehörigkeit nichts geändert. Der Grund ist einfach. Das Abstammungsprinzip ist nicht nur dazu geeignet, bestimmte Einwanderer zu privilegieren, sondern vor allem auch, andere Einwanderer zu diskriminieren. Und das erweist sich bis heute für die einen als ein Ärgernis, für die anderen aber auch als durchaus politisch attraktiv. Ein Ärgernis ist es für alle diejenigen, die beobachten, wie große Teile der Bevölkerung, nur weil sie einen Migrationshintergrund haben, zunehmend ausgegrenzt und minorisiert werden und auf diese Weise immer mehr Menschen die demokratischen Grundrechte verweigert werden. Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht, das auf dem „Jus solis“ (Territorialprinzip) basiert, würde den Kindern und Enkeln der Einwanderer automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit zubilligen. Politisch attraktiv ist es hingegen für alle, die nach wie vor von einem ethnisch homogenen Volk träumen, so wie man es seit der „Alldeutschen Bewegung“ vor hundertfünfzig Jahren herbeisehnt. Die CDU/CSU ist hier neben den REPs und der DVU die einzige Partei, die nach wie vor so denkt. Und auch sie steht unter dem Druck kommunalpolitischer Pragmatiker, die einfach nicht mit ansehen wollen, wie ganze Stadtquartiere das Wahlrecht verlieren. Der Kampf des Konservatismus wäre in der Tat auch längst verloren, wenn es im Zusammenhang mit der Staatsangehörigkeitsproblematik nicht auch die Frage gäbe, was mit der ersten Generation der Einwanderer ist. Nur für diese Bevölkerungsgruppe gibt es ein Problem, weil hier das moderne Staatsangehörigkeitskonzept nicht eindeutig ist. Hier behelfen sich die verschiedenen Länder teils mit dem „Doppelpass“, teils mit einer großzügigen Einbürgerung und teils mit einem Niederlassungsrecht. Und diesen Diskussionsbedarf nutzen die konservativen Parteien aus und benutzen ihn als Hebel, um den gesamten Modernisierungsprozess zu kippen.

Den konservativen Parteien ist es gelungen, die Diskussion vom „Jus solis“ auf den „Doppelpass“ umzulenken. Im Zusammenhang mit dem „Doppelpass“ läßt sich einfacher das alte völkisch-nationale Denken durchhalten. Um das zu begreifen, muß man sich etwas genauer mit der Logik des konservativen Denkens, wie es sich in der Geschichte der Bundesrepublik entwickelt hat, befassen.

Zwei Dinge kennzeichnen den Konservatismus in der Geschichte der Bundesrepublik von Beginn an; ein vorauseilender Gehorsam gegenüber den ökonomischen Interessen und eine mit kleinbürgerlich-völkischen Idealen arbeitende Inszenierung der Macht, was besonders deutlich im patriarchalischen Familienbild, in einer biederen Wertorientierung, der Pflege eines Heimatbegriffs und der Beschwörung einer deutschen Geschichte bzw. Identität sowie immer wiederkehrender Intellektuellenschelte zum Ausdruck kommt. Die erste Eigenschaft dominiert solange, wie die konservativen Parteien die Macht haben und sich nicht bedroht fühlen. Die zweite Eigenschaft rückt in den Vordergrund, sobald der Machtverlust droht oder sie sich bereits in der Opposition befinden.

Verfolgt man die beiden Eigenschaften in der jüngsten Geschichte genauer, so wird man feststellen, dass zunächst der vorauseilende Gehorsam gegenüber der Wirtschaft im Vordergrund stand und die Pflege der kleinbürgerlich-völkischen Idylle nur nebenbei interessierte. Alles ging darum, das Wirtschaftswunder politisch zu begleiten. In der gesamten Restaurationsperiode unter Adenauer hat man sich damit begnügt, der wirtschaftlichen Entwicklung die Bahn zu ebnen und die Westbindung zu pflegen. Und es war dann nur konsequent, dass die CDU/CSU in der ersten Wirtschaftskrise mit Beginn der 70er Jahre ihre Macht abgeben mußten. Nach dem Start der sozialliberalen Koalition werden sogleich alle Register gezogen, um mit Hilfe der Inszenierung einer kleinbürgerlich-völkischen Idylle wieder politisch an Boden zu gewinnen. Nachdem sie gut zehn Jahre später an die Macht zurückgekehrt waren, blieben sie zunächst ideologisch wachsam und pflegten das kleinbürgerliche Idyll weiter. Erst am Ende der Ära Kohl wurde man „leichtsinnig“. Heute, wo die konservative Regierung das zweite Mal abgelöst wurde, kann man wieder das gleiche Spiel beobachten. Das kleinbürgerliche Idyll wird erneut mit aller Macht beschworen, um sich den Weg zurück an die Macht zu sichern.

Vor diesem Hintergrund muß man die gesamte Nationalstaats-, Kultur-, Migrations- und Minderheitenpolitik sehen, zu der auch die Diskussion um die Staatsangehörigkeit und den „Doppelpass“ gehört. Die kleinbürgerliche Idylle liefert eine populistische Logik für das, was gut und das was schlecht ist. Privilegiert wird, was deutsch ist und diskriminiert wird, was fremd ist. Der „Doppelpass“ wird benutzt, um die Abgrenzung zwischen dem Guten und dem Bösen neu zu ordnen. Betrachtet man diese populistisch sehr effektive Inszenierung der kleinbürgerlich-völkischen Idylle etwas genauer, so wird zunächst deutlich, dass die Argumentation von den konservativen Parteien immer polemischer und immer deutlicher zur Ausgrenzung des Bösen formuliert wird und dass die Sozialdemokraten in all diesen Fällen stets für das Einsickern des Bösen verantwortlich gemacht und anschließend in die Defensive gedrängt werden. Zielte die polemische Argumentation zunächst nur innerhalb der Logik des Kalten Krieges bis Mitte der 60er gegen die Roten als das Böse schlechthin, so beginnt sich der polemische Diskurs spätestens mit der ersten massiven Einwanderung

durch die sogenannten Gastarbeiter erheblich zu verfeinern und neu zu adressieren.

Politisch installiert wird der neue Feind in dem Augenblick, in dem die erste Wirtschaftskrise ausbricht, die „Gastarbeiter" nicht mehr gebraucht werden und die konservative Regierung von der Sozialliberalen Koalition abgelöst wird. Und das neue Feindbild kommt seit 1972 zunächst aus dem CDU-Land Baden-Württemberg, wo dann auch die erste Kampagne gegen die Einwanderer („Gastarbeiter") gestartet wird. Sie wurde zunächst bei den Landtagswahlen erfolgreich getestet und dann nach Bonn importiert und dort von der Bundespartei aufgenommen, um die Sozialliberalen unter Druck zu setzen. Wird noch 1973 die Rückkehr der Gastarbeiter nur angemahnt, so werden schon bald direkte Rückkehrmaßnahmen gefordert, um der Rückwanderung der „Gastarbeiter" nachzuhelfen. Diese Kampagne wird nicht nur schrittweise auf den Bund ausgedehnt, sondern bald auch noch mit dem Asylthema angereichert und ganz gezielt gesteigert, bis im Herbst 1982 tatsächlich die ausländerfeindliche Kampagne Früchte bringt, die Wende gelingt und die Sozialliberale Regierung gestürzt wird. Parallel zu dieser zehnjährigen konservativen Kampagne rückt die SPD/FDP-Regierung schrittweise von ihrer ursprünglich liberalen „Ausländerpolitik" ab. Fordert sie noch 1975 das „Ausländerwahlrecht", so gibt sie schon bald nach und attestiert den „orientalischen Horden" (Bundeskanzler Schmidt) Demokratieunfähigkeit.

Nach der Wende 1992 wird die konservative „Ausländerpolitik" zum Kernthema der neuen Regierungspolitik. Rückkehrhilfen werden beschlossen und der Familiennachzug wird reduziert. Der erste Ausländergesetzentwurf von 1987 ist dann auch von völkischen Elementen geprägt, die noch einmal die Dorfidylle der homogenen Gemeinschaft beschwören. Die sozialdemokratische Opposition liefert zu dieser Zeit nur noch Nachhutgefechte, setzt sich jedoch nicht mit dem kleinbürgerlichen Idyll auseinander, das die Konservativen weiter beschwören. Auch weiterhin - nach der Wende in der Opposition - lassen sich die Sozialdemokraten nach rechts drängen, während die Konservativen den „Republikanern" und anderen rechten Gruppierungen die Themen liefern. Unterdessen hat sich die skizzierte Dynamik weitgehend verselbständigt. Obwohl Bonn anschließend über 16 Jahre konservativ regiert wird, üben die CDU-regierten Bundesländer immer wieder in Richtung Bonn Druck aus, um auf diese Weise Wahlkampf für Wahlkampf eine schrittweise Verschärfung der Ausländer- und Asylpolitik zu erreichen. Und die SPD gibt entsprechend Schritt für Schritt immer mehr Positionen auf, ohne damit irgendetwas zu gewinnen. Im Gegenteil, die Wähler folgen der CDU/CSU, überholen sie dann zeitweilig sogar noch in Richtung auf „Republikaner" und DVU, die in mehrere Länderparlamente einziehen, und die SPD gerät zunehmend in die Defensive.

Heute erleben wir wieder so einen Augenblick, in dem die konservativen Parteien erneut um die Macht kämpfen müssen. Und es ist klar, dass die CDU/CSU ihre alte Strategie neu startet. Wieder wird von einem konservativen Bundesland aus die Initiative gestartet, nur dieses Mal von der CSU in Bayern aus, und erfolgreich erprobt wurde die Strategie jetzt im hessischen Wahlkampf. Damit ist der Weg frei, um die Politik auch in Bonn zu etablieren. Und schon kann man beobachten, wie die SPD erfolgreich verantwortlich gemacht, konsequent in die Defensive gerät und von ihren bisherigen Positionen Abstand nimmt - dieses Mal nicht vom Ausländerwahlrecht sondern von der doppelten Staatsangehörigkeit - um den Anschluss an den wohlinszenierten Trend nicht zu verlieren. Und diesmal sind es statt der FDP die Grünen, die in diese von den Konservativen inszenierte Dynamik mit hineingezogen werden.

Diese am kleinbürgerlich-völkischen Idyll orientiert Kampagne erschreckt in ihrer Botschaft genauso wie in ihrer Wirksamkeit. Es ist schon fast populistisch genial. Was erstaunt, sind mehrere Faktoren:

Erstens erstaunt die innere Dynamik, die so stark ist, dass sie die Gegner mit ins Boot zwingt und wie gebannt Schritt für Schritt vorführt. Zweitens ist es schon faszinierend, wie die Diskussion um ein demokratisches Anliegen so vereinnahmt wird, dass aus einem kaum ablehnbaren Anliegen, nämlich der Modernisierung der Staatsangehörigkeit, eine zustimmungsfähige Diskussion gemacht wird, in der das „Jus solis" über den „Doppelpass" gekippt wird. Drittens erstaunt die Kaltschnäuzigkeit, mit der ökonomische und gesellschaftliche Anliegen ignoriert werden, so als ob wir im Zeichen der Globalisierung auf Mobilität verzichten, bzw. deren Folgen, Migration, ignorieren könnten. Viertens bestürzt auch die populistische Effektivität, so als ob die Mehrheit der Bevölkerung bis heute auf dem kleinbürgerlich-völkischen Idyll bestehen würde. Und schließlich ist es schon erstaunlich, wie selbstverständlich hier die Folgen einer solchen Intervention hingenommen werden, nämlich die Ausbreitung des Rassismus. Denn die Argumentation gewinnt ja ihre Logik ausschließlich aus einer rassistischen Abwertung des „Fremden-an-sich".

Warum werden diese Probleme in Kauf genommen? Offensichtlich ist für die CDU/CSU die Rückkehr zur Macht sehr wichtig. Sie sieht in der „Doppelpasskampagne" einen gute Möglichkeit, sich selbst in Szene zu setzen und die Regierungsparteien vorzuführen. Und nach allem, was heute erkennbar ist, scheint diese Rechnung ja auch aufzugehen. Sie braucht dabei noch nicht einmal besonders kreativ, sondern nur traditionsbewusst zu sein. Mit dem kleinbürgerlich-völkischen Idyll hat sie schon immer ihre Wahlkämpfe gewonnen und hat damit anders als die Christlichen Parteien in allen anderen europäischen Ländern ihren Wählerblock gehalten. Allerdings wird diese Strategie teuer erkauft. Es handelt sich ja nicht um einen isolierten politischen Diskurs, der außerhalb des politischen Zirkels folgenlos bliebe. Im Gegenteil, wir haben es mit eine hocheffektiven und unerhört folgenreichen Kampagne zu tun, vor deren nicht unmittelbar beabsichtigten Nebeneffekten auch viele Konservative selbst warnen.

Es sind zwei bedrohliche Effekte, die mit der Kampagne erzeugt werden. Auf der einen Seite hat sie massive Auswirkungen auf die allochthone Bevölkerung. Sie manövriert diese Menschen, bei denen es sich ja zum großen Teil schon um die Kinder oder Enkel der einst angeworbenen „Gastarbeiter" handelt, in eine immer ausweglosere Situation. Sie werden im Verlauf der Kampagne zunehmend wegen ihres Migrationshintergrundes diskriminiert und tendieren deshalb immer mehr dazu, sich zurückzuziehen und eine spezifische Abkunftsidentität zu entwickeln, die ihre Vorfahren so überhaupt nicht gekannt haben. Sie werden religiös und interpretieren ihr Leben zunehmend ethnischer. Zugleich werden sie aber aufgefordert, sich eindeutig für Deutschland zu entscheiden und ihrer bisherige Staatsangehörigkeit abzugeben. Dies ist eine klassische Falle, aus der es kein Entrinnen gibt. Was auch immer sie tun, es wird alles nur noch schlimmer. Halten sie sich eine Hintertür offen, werden sie dafür diskriminiert. Geben sie auf, sind sie anschließend genauso vogelfrei. Auf der anderen Seite wirkt sich die Kampagne erneut auf die alteingesessene Bevölkerung aus. Sie sehen sich in ihrem Bedürfnis nach Orientierung in einer zunehmend individualisierenden Gesellschaft bestätigt und bekommen auch gleich noch ein vordergründig passendes Angebot mitgeliefert, nämlich das kleinbürgerlich-völkische Idyll. Es wirkt sehr attraktiv. Die eingebauten Webfehler lassen sich nicht auf den ersten Blick erkennen. Die autochthone Bevölkerung merkt so schnell nicht, dass sie hier ins Abseits gedrängt wird. Ihr wird ein Weltbild von vorgestern vorgegaukelt, das ihre Anpassung an eine fortgeschrittene Industriegesellschaft verhindert. Die Kampagne macht sie zu Modernisierungsverlierern und stachelt bloß ihren Wohlstandchauvinismus an. Die konservative Aktion kommt auf diese Weise beide Seiten teuer. Sie blockiert nachhaltig jede vernünftige gesellschaftliche Entwicklung. Es wäre an der Zeit, dass sich die Regierungspartei einmal auf den Standort Deutschland wirklich besinnt und sich überlegt, wie sie den Menschen klar machen kann, dass eine fortgeschrittene Industriegesellschaft nicht nur einen Markt, sondern auch Menschen braucht, die mit dem Markt selbstbewusst umgehen können. Nur ein offensives gesellschaftspolitisches Konzept, das zum Beispiel über ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht für alle BürgerInnen politische Beteiligung ermöglicht, wird zukünftig Bestand haben. Aber dazu müßte man ein solches Konzept erst einmal haben. Solange hier nichts vorhanden ist, wird man sich weiter die Logik der CDU/CSU aufzwingen lassen und wie schon einmal unter der Sozialliberalen Koalition letztlich bei der CDU-Politik enden, die dann freilich von den Konservativen authentischer betrieben werden kann.

*Wolf-Dietrich Bukow ist Mitarbeiter der Forschungsstelle für Interkulturelle Studien (FiSt) der Universität zu Köln.*

Pasquale Menconi

# Hetze gegen Immigranten auch in Italien

**Nicht nur die CDU/CSU versucht, mit rechtspopulistischer Demagogie und außerparlamentarischen Aktionen aus ihrem Tief herauszukommen. Derselben Idee sind zeitgleich und unabhängig davon auch verschiedene rechte und rechtsradikale Parteien und Organisationen in Italien verfallen.**

So nahmen **Silvio Berlusconis** „Forza Italia" (Vorwärts Italien) und die aus dem neofaschistischen MSI und kleineren christdemokratischen und rechtsliberalen Abspaltungen hervorgegangene „Alleanza Nazionale" eine kurzfristige Häufung spektakulärer Fälle von Straßenkriminalität im „Forza Italia"-regierten Mailand zum Anlaß, um dort am 16. Januar eine Demonstration mit ca. 30.000 Teilnehmern gegen die „kriminelle Gefahr" und die „Unsicherheit" durchzuführen, für die auf den meisten Transparenten die illegalen Einwanderer aus Albanien, Kurdistan und Schwarzafrika verantwortlich gemacht wurden. Die sogenannte Mitte-Links-Regierung unter Massimo D'Alema reagierte darauf mit dem Versprechen, von 1999 bis 2001 für „den Schutz der Bürger und die Verteidigung der öffentlichen Ordnung" weitere 5.000 Polizeikräfte einzustellen und die Abschottung der sehr langen Außengrenzen Italiens u.a. durch verstärkten Einsatz von Hubschraubern und Schnellbooten weiter zu verbessern.

Die Rechten und Rechtsradikalen hingegen nutzten - davon wenig beeindruckt - die Gunst der Stunde und lancierten wenige Tage später ein Referendum gegen das neue (wahrhaftig nicht linke) Immigrationsgesetz, das 250.000 Immigranten legalisieren soll, die entwürdigenden Internierungslager aber beibehält und diverse bürokratische Hürden errichtet.

An der Spitze dieser Referendumskampagne marschiert die rechtspopulistische, ehemals auf Abspaltung von Italien und Schaffung eines Staates „Padanien" orientierte „Lega Nord" unter **Umberto Bossi**. Nachdem sie ihre Sezessionspläne im letzten Sommer beerdigen mußte und sich in ihrer Hochburg Venetien ein großer Teil der Partei unter Führung des Regionalsekretärs **Fabrizio Comencini** Ende Oktober abspaltete und die „Liga Veneta Repubblica" bildete, liegt Bossis Verein in den Umfragen landesweit nur noch bei 6 - 7% (nach 10,1% bei den Parlamentswahlen im April 1996). Da kommt das Immigrationsthema gerade recht, um wieder Boden gutzumachen.

Als Bündnispartner beim, Mitte Februar großflächig begonnenen, Sammeln der notwendigen 600.000 Unterschriften wurden pikanterweise die bisher so verhaßten militanten Neofaschisten der „Forza Nuova" (Neue Kraft) gewonnen, die den Bereich Rom und Süditalien übernehmen, wo die „Lega Nord" kaum existent und aufgrund ihrer gegen Süditalien und die Süditaliener („terroni" = Erdfresser) gerichteten Demagogie auch nicht sonderlich beliebt ist. Der Chef von „Forza Nuova", der 40jährige **Roberto Fiore**, lebt gezwungenermaßen in Großbritannien im „Exil", da in Italien seit langem gegen ihn als Beteiligten des „schwarzen Terrors" Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre ermittelt wird. Er wird verdächtigt damals als Mitglied der nationalrevolutionär-terroristischen Organisationen „Terza Posizione" (Dritte Position) und „Nuclei Armati Rivoluzionari" (Bewaffnete Revolutionäre Kerne - NAR) an Anschlägen und Überfällen beteiligt gewesen zu sein.

Für die über 26 Ortsgruppen in ganz Italien verfügende, sich nicht als Partei, sondern als soziale, politische und kulturelle Erneuerungsbewegung verstehende „Forza Nuova", in deren Zeitung „Foglio di Lotta" (Kampfblatt) vor einigen Monaten auch ein längeres Interview mit dem Vorsitzenden der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) **Udo Voigt** erschien, ist das Terrain des Referendums nicht neu. Sie sammelt seit Dezember bereits massiv Unterschriften für die Streichung des Abtreibungsrechts und kann diese noch nicht beendete Kampagne nun mit dem gegen die Immigranten gerichteten „Volks"begehren verbinden.

„Lega Nord" und FN haben sich anläßlich dieser Sache allerdings, über den praktischen Nutzen für beide Seiten hinaus, auch ideologisch sehr weitgehend angenähert - bedingt durch die Verschiebung der „Lega Nord" nach ganz rechts außen. Beispielhaft dafür ist Umberto Bossis Begründung des Referendums vor der Presse. Originalton: „Amerika nutzt verschiedene Instrumente - darunter die Globalisierung - um sich der Weltwirtschaft zu bemächtigen. So gibt es ein von den internationalen Großbanken inspiriertes Aufblühen von Initiativen freimaurerischen Typs. Es gibt einen Angriff auf unsere Kultur von seiten mehr oder weniger geheimer oder esoterischer Vereinigungen. Wir sehen eine große Aktivität von Vereinigungen wie den Soroptimisten, den Lions- und Rotary-Clubs und vielen mehr, die über diese globalisierende Kultur vorstoßen." Schlußfolgerung: „Mit diesem Referendum wollen wir Nein sagen zur Auslöschung der Völker und der Kulturen. Wir wollen verhindern, daß man bei einem Regime ankommt, das sehr viel schlechter wäre als der Nazismus und der Kommunismus."

Von solchen Äußerungen nicht im geringsten abgeschreckt, haben sich selbst Spitzenpolitiker der in der sog. Mitte-Links-Regierung vertretenen rechtschristdemokatischen „Demokratischen Union für die Republik" (UDR), wie die Herren **Cimadoro** und **Volonté** für das „Lega"-/„Forza Nuova"-Referendum ausgesprochen. Daß „Forza Italia" und „Alleanza Nazionale" inhaltlich ebenfalls dafür sind und sich nur darüber ärgern, nicht selbst die Initiatoren zu sein, ist klar. Dennoch ist der Kommentar von AN-Chef **Gianfranco Fini** zum Immigrationsgesetz der Regierung („Eine unverantwortliche Entscheidung, die Gefahr läuft in unserem Lande Fremdenfeindlichkeit und sogar Rassismus zu schaffen.") in seiner Dreistigkeit kaum mehr zu überbieten.

Bei alledem gilt es aber auch zu berücksichtigen, daß die Gegenmobilisierung der italienischen Linken und der Gewerkschaftsbewegung gegen diese Umtriebe alle Protestaktionen gegen die CDU-Kampagne in der BRD weit in den Schatten stellt. Auf Initiative der drei großen (durchaus sozialpartnerschaftlichen) Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL und unter Beteiligung aller linken und linksliberalen Parteien, Gruppen und Organisationen demonstrierten am 13. Februar, wiederum in Mailand, 150.000 Menschen gegen die Ausgrenzung und Kriminalisierung von Flüchtlingen und gegen jede Form von Rassismus.

## AN-Führer Tatarella tot

**Giuseppe „Pinuccio" Tatarella**, de facto die Nr.2 der italienischen „Alleanza Nazionale", starb am 8.Februar während einer Lebertransplantation in einem Turiner Krankenhaus an Herzversagen. Der 62jährige Tatarella, Doktor der Jurisprudenz, begann seine politische Karriere als Provinzsekretär des neofaschistischen „Movimento Sociale Italiano" (Italienische Sozialbewegung - MSI) in Bari, dem er Mitte der 50er Jahre beigetreten war, obwohl er aus einer kommunistisch geprägten Familie stammte. In den 60er Jahren saß er für den MSI auch im Stadtrat von Bari, von 1970 - 75 im Regionalparlament Apuliens und ab 1979 in der italienischen Abgeordnetenkammer. Auf dem sogenannten Wendekongreß des MSI 1987 war er einer der wichtigsten Männer hinter den Kulissen, die dafür sorgten, daß **Gianfranco Fini** zum Parteisekretär gewählt wurde. Ihn selbst brachte es auf den Sessel des MSI- bzw. AN-Fraktionsvorsitzenden in der italienischen Abgeordnetenkammer. Den Höhepunkt seiner Karriere erreichte er während der achtmonatigen Berlusconi-Regierung von Mai bis Dezember 94 als er stellvertretender Ministerpräsident dieser von „Forza Italia", „Alleanza Nazionale", „Lega Nord", CCD und CDU gebildeten, bisher ersten modernen rechtspopulistischen Regierung in Westeuropa wurde.

## Rechte Parteien vereinbaren Kooperation

Die Partei „Christlich-Nationale Vereinigung" (ZCHN) aus Polen und die „postfaschistische" „Alleanza Nazionale" (AN) aus Italien wollen enger zusammenarbeiten. Das vereinbarten die beiden Parteichefs, **Marian Pilka** und **Gianfranco Fini**, am 18. Februar in Warschau. Der Besuch Finis stieß in Polen auf massive Kritik, da das Programm der AN immer noch faschistisch und fremdenfeindlich sei. Besondere Empörung rief Finis provokativer Besuch im früheren KZ Auschwitz hervor.

Thomas Willms

# Kritische Anmerkungen zu Sebastian Haffner

Im Alter von 91 Jahren starb am 2. Januar 1999 der Publizist Sebastian Haffner, der sich mit ungezählten Artikeln, Büchern und Fernsehsendungen zur Zeitgeschichte zu Wort gemeldet hat. In den Nachrufen, in denen Haffner von ganz linken bis ganz rechten Zeitschriften gefeiert wurde, war viel die Rede von Haffners „Nonkonformismus".

Eine vergleichende Analyse seiner Schriften, die diese angebliche Unangepaßtheit auf ihre tatsächlichen weltanschaulichen Positionen und Kontinuitäten hinterfragt, steht jedoch aus. Einzubeziehen wären seine (unbekannten) Veröffentlichungen im Dritten Reich, seine Arbeiten im britischen Exil, in das er 1938 mit seiner jüdischen Frau ging und seine zahlreichen Nachkriegstexte in so verschiedenen Publikationen wie der „Welt", „Konkret" und „Stern". Die folgenden Anmerkungen beschränken sich auf eine Auseinandersetzung mit Texten Sebastian Haffners, die dieser Ende der 70er bis Anfang der 80er Jahre veröffentlichte.

## Haffner im Kontext der „Hitlerwelle"

Der bereits recht bekannte Haffner erreichte mit seinem schmalen Buch „Anmerkungen zu Hitler" eine enorme Wirkung. Bereits im Erscheinungsjahr 1978 brachte er es mit ihm zu mindestens 19 Auflagen und einer Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, sowie zum „Heinrich-Heine-Preis" der Stadt Düsseldorf, was Heine nicht verdient hat, möchte man hinzufügen. 1997 wurde es im 287. Tausend (!) unverändert aufgelegt.

Es ist wohl nicht übertrieben, die „Anmerkungen" als Höhepunkt der sogenannten Hitlerwelle der 70er Jahre zu bezeichnen. Die Hitlerwelle bildete ein komplexes Phänomen aus Kommerz und verschiedenen Strategien zur Abwehr der in den späten 60er und frühen 70er Jahren erreichten wissenschaftlichen und politischen Fortschritte zum Verständnis des Faschismus. Ziel dieser Gegenbewegung war, nicht mehr von den Ursachen und Zusammenhängen von NS-Bewegung, Staat, Militär und Wirtschaft zu sprechen und erst recht nicht von eventueller persönlicher Schuld in Krieg und Führerstaat.

Eine dieser Strategien war die schlichte Neuauflage von NS-Legenden wie sie allen voran David Irving mit gewissem Erfolg betrieb. Eine andere Richtung war hingegen bereit, die Person des „Führers" zu verurteilen, um gleichzeitig die „guten" Seiten des Faschismus isoliert als politische Rezepte anbieten zu können.

Haffners „Anmerkungen zu Hitler" bildeten das erfolgreichste Produkt der letzteren Richtung. Es traf im Gegensatz zu Irvings Thesen nicht auf öffentlichen Widerstand. Zeitgenössischen Rezensenten ist zwar zuweilen Unbehagen anzumerken, zu scharfer Kritik scheint es jedoch nicht gekommen zu sein. So deutete Peter Graf von Kielmannsegg nur vorsichtig an, Haffner habe nicht alle seine Quellen benannt und grübelte: „Fragmente des Bildes entwikkeln gelegentlich ein merkwürdiges Eigenleben. (...) Es hat etwas gespenstisch-unwirkliches, von Hitler zu sprechen und zu erwägen, ob er nicht nur Eroberer statt Eroberer und Judenmörder zugleich hätte sein können, oder der Einiger Europas und nicht dessen Zerstörer." (in: Merkur, Bd. 32,2/1978,)

Zufrieden zeigte sich hingegen Armin Mohler in seiner Funktion als Oberkommentator der Zeitschrift Criticón: Mohler wertete die „Anmerkungen zu Hitler" als eine „raffinierte Mischung von Kritik und Rehabilitation". „Nach ihm (gemeint ist Haffner; Anm.d.Verf.) hat Hitler bis weit ins Dritte Reich hinein einfach das getan, was in der deutschen und europäischen Situation von damals getan werden mußte. Er hat also wirklich den Auftrag der Geschichte erfüllt, auf den er sich so oft berufen hat (...) Erst sein Rassismus, sein Haß auf die Juden, hat ihn ins Verbrechen, und dann in den Verrat am eigenen Volk getrieben. (...) Wir haben etwas gekürzt - aber darauf läuft es hinaus." (Criticón Nr. 51, 1979)

## Carl Schmitt und Ernst Niekisch als Vorbilder

Haffners nur am Rande genannte Quelle war Carl Schmitt, dem er „glückliche Formulierungen" attestierte. (Weniger glücklich war die Rolle des Verfassungsrechtlers Schmitt im Zusammenhang mit der Zerstörung der Weimarer Republik, der Etablierung des „Führerrechtes", der „Entjudung" der Rechtswissenschaft und der Bildung extrem antidemokratischer Ideologie.)

Eine andere, offenbar biographisch-emotional wichtigere Quelle Haffners stellte ein weiterer Autor der völkischen Szene der Weimarer Zeit dar - Ernst Niekisch. Haffners sprachliche Nähe zum übermäßig verknappten, für „preußisch" gehaltenen, Stil Niekischs springt gleich ins Auge. Ihm widmete Haffner eine schwer erträgliche Huldigung in dem 1980 erschienenen Band „Preußische Profile". Diesen gab er auch noch gemeinsam mit dem bekennenden Niekisch-Schüler und Nationalrevolutionär Wolfgang Venohr heraus, ebenso wie drei weitere Bücher. Sich zu Niekisch zu bekennen war wahrlich ein starkes Stück - nur aufgefallen ist es nicht. Zu unbekannt war wohl die spezielle Hitler-Gegnerschaft Niekischs, dem Hitler nämlich zu „romanisch" war. Zu unbekannt waren die blutrünstigen und geradezu wahnwitzigen Ausfälle Niekischs gegen Linke, Juden und „Westler". Es sei nur daran erinnert, daß Niekisch 1932 den Vorschlag machte, das städtische Proletariat zur Zwangsarbeit in den deutschen Osten zu verschleppen, um es vor der Verwestlichung in den Städten zu bewahren. (Eine Vorstellung, die an die von den Roten Khmer Pol Pots in Kambodscha 1975-1979 verübten Massendeportationen und -morde denken läßt.) Im Grunde nicht überraschend ist es, daß Haffner gleichzeitig auch noch in der nationalrevolutionären Zeitschrift „wir selbst" veröffentlichte und weitgehende ideologische Übereinstimmung zu erkennen gab. Im Heft 2/81 führte er nämlich den Nationalismus als eine „linke Idee" gegen den universalistischen „Imperialismus" ins Feld, der die Unterschiede der Völker „ignoriere und einebne".

## Imperialismus - „die gute Seite Hitlers"

Doch zum Inhalt der „Anmerkungen zu Hitler" (zitiert nach der 11. Auflage, München 1978):

Haffner gliederte sein Buch in die Kapitel: „Leben - Leistungen - Erfolge - Irrtümer - Fehler - Verbrechen - Verrat" und vermittelte schon allein dadurch den Eindruck der „Objektivität", denn „Leistungen sind als solche moralisch neutral. Sie können nur gut oder schlecht sein, nicht gut oder böse." (S. 53) Doch Haffner entwikkelte unter der Hand sehr wohl Maßstäbe für „Irrtümer", „Fehler" und „Verbrechen" in der Politik und zwar nur die allzu bekannten imperialistischer deutscher Machtpolitik.

Haffners Leitgedanke ist die kategorische Trennung des Krieges um die Herrschaft in Europa vom Judenmord. „Das eine hatte mit dem anderen nichts zu tun." Um dieses zu erreichen, zerlegte er zuerst unzulässigerweise die „Hitlersche" Weltanschauung (denn derart personalisiert ging es bei Haffner her) in einen völkischen und einen antisemitischen Teil. Der „Kampf der Herrenvölker um den Lebensraum untereinander" und der „gemeinsame Kampf der Arier gegen die Juden" seien ideologisch nur lose verbunden, wobei Haffner den „Rasse"-Begriff wegen seiner „Wertneutralität" verteidigte.

Besonders am Herzen lag Haffner die Rehabilitierung des Krieges als etwas, was aus dem Staatenleben nicht „wegzudenken" ist. (S. 99) Konsequenterweise ordnete er Hitlers militaristische und imperialistische Anstrengungen unter „Leistungen" und „Erfolge" ein. Mit der sachlich falschen Behauptung: „Im Januar 1942 ist die 'Endlösung der Judenfrage' angeordnet worden." (S. 154) stellte Haffner einen kausalen Zusammenhang zwischen der angeblichen Einsicht Hitlers in die nicht mehr abzuwendende Niederlage und den Entschluß zum Judenmord her. Hitler habe sein persönliches Anliegen - den Antisemitismus - den Erfordernissen des Krieges übergeordnet. Der Judenmord taucht somit zuerst als „Fehler" auf, denn „seine Massenmorde" waren „seinem politisch-militärischen Interesse geradezu entgegen" gerichtet. (S. 156) An anderer Stelle heißt es noch deutlicher: „Von Ende 1941 an machte Hitler keine deutsche Politik mehr." (S. 180) Umgekehrt hieß das natürlich, daß Hitler vor '41 etwas praktizierte, was Haffner „deutsche Politik" nennt.

Seine Argumentation für die „Unvermeidlichkeit" der Kriege lieh er sich bei Carl

Andreas Speit

# Lechts und Rinks APO-Opa auf Lichtungssuche

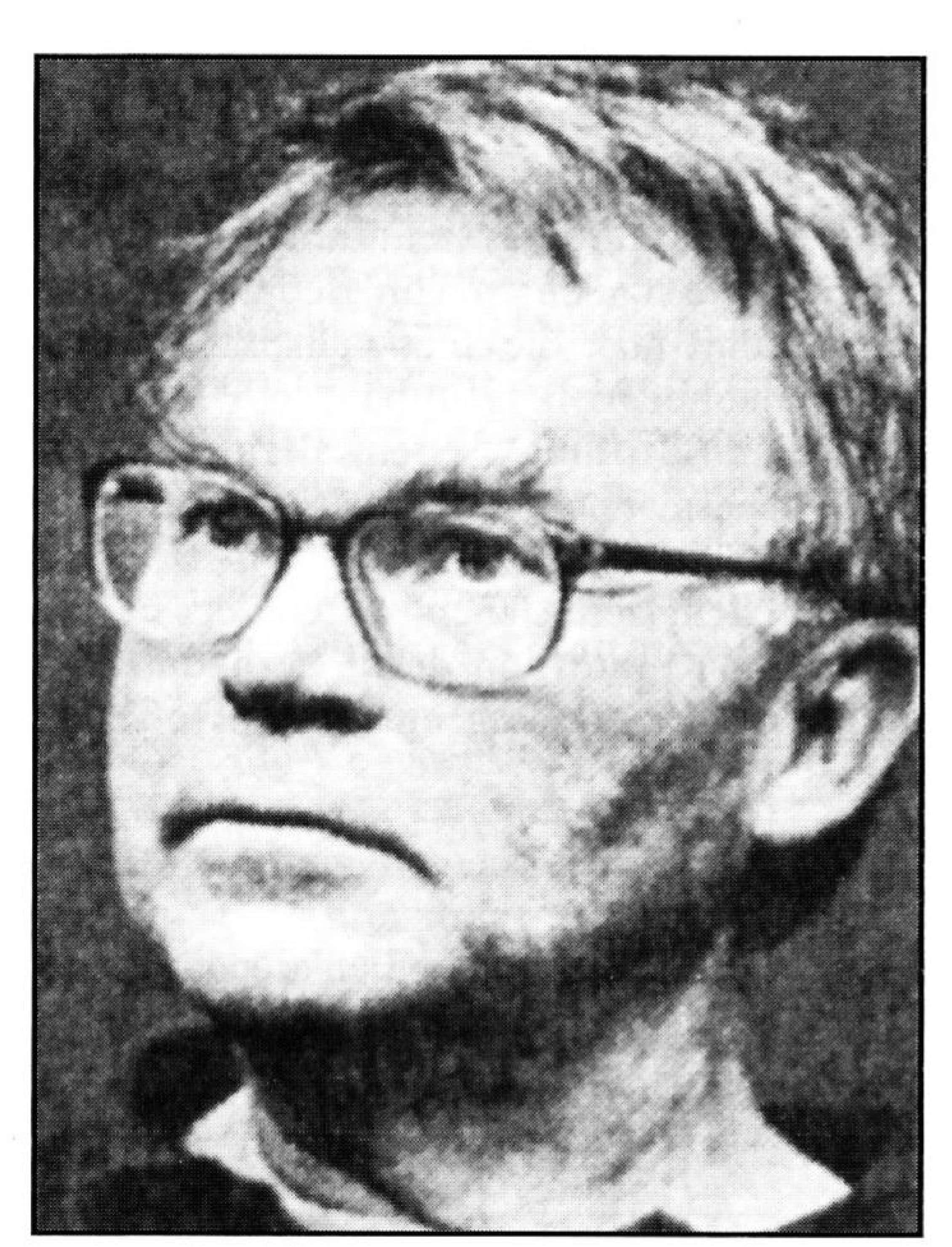
Sein Thema, "die Studentenbewegung", wäre es gewesen. Seine Interpretation als "nationalrevolutionäre Bewegung" gefiel auch seinen Protektoren. Nur die Initiative linksliberaler Professoren verhinderte, daß Horst Mahler, protegiert von Bernd Rabehl, einen Lehrauftrag am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin (FU) erhielt.

Mitte Februar entschied sich der Fachbereichsrat des OSI gegen den einstigen SDS-Anwalt und RAF-Mitgründer **Horst Mahler**, dessen langer Marsch bei der extremen Rechten endete. Eine knappe Mehrheit verhinderte aber, daß gegen **Bernd Rabehl** disziplinarische Maßnahmen eingeleitet wurden. Einen entsprechenden Antrag der studentischen OSI-Fachschaftsinitiative gegen den ehemaligen SDS-Streiter und heutigen FU-Soziologieprofessoren nahmen sie von der Tagesordnung. Dafür ernannte der Fachbereichsrat eine Kommission, die unter Vorsitz des Rechtsextremismusexperten Hajo Funke und des Parteienforschers Richard Stöss die aktuellen Aktivitäten des APO-Opas verhandeln soll.

Vom 5. bis 6. Dezember 1998 trat Rabehl als Referent auf den von der Münchener "Burschenschaft Danubia" jährlich ausgerichteten "Bogenhauser Gesprächen" auf. Vor rund 100 Gästen der extrem rechten Burschenschaft stellte er unter der Überschrift "1968 - Symbol und Mythos" seine Thesen zur Studentenbewegung dar. Die "Idee einer nationalrevolutionären Überwindung der Teilung Deutschlands", wie sie Dutschke laut Rabehl entwickelte, sei innerhalb der 68er "mit allen Mitteln" bekämpft worden. Die 68er seien "nützliche Idioten" gewesen, die trotz verbalem Antiamerikanismus praktisch die Westintegration Deutschlands förderten. Der "Schuldpranger der deutschen Verbrechen im zweiten Weltkrieg" gehöre zur "reeducation" und solle "alle kommenden Verbrechen überdecken". Die Folge: Deutschland gehe als "Volk ohne Kultur" unter. Verstärkt werde nach Rabehl die "Zersetzung der nationalen Identität" durch den "Zuzug hochorganisierter und gleichzeitig religiöser oder fundamentalistisch ausgerichteter Völkergruppen". Verantwortlich für den fortschreitenden "Werteverfall" und die drohende "Überfremdung" seien "die amerikanischen Deutschlandspezialisten", die die nationalen Traditionen auflösen würden und die "Antifa Linke", die in einem Bündnis mit bestimmten Medien im In- und Ausland die "deutsche Kulturintelligenz" in die "Schuldfrage der Verbrechen im zweiten Weltkrieg" einbinde.

Außer Rabehl waren auch noch Mahler und **Peter Furth**, Alt-68er und emeritierter FU-Professor, als Referenten geladen, die seine Thesen ergänzten. Ohne Einverständnis von Rabehl, der sich immer noch als engster Mitarbeiter Dutschkes hofieren läßt, haben die "Jungen Freiheit" und die "wir selbst" sein Referat auszugsweise veröffentlicht. Warum auch nicht? Rabehl hat eine im Duktus rechtsextreme Rede gehalten, meint Funke, der ebenso das Verhalten des "Forschungsverbundes SED-Staat" hinterfragt, an dem neben Rabehl auch viele andere APO-Aktivisten beteiligt sind. Sie hätten versucht, Rabehls Auftritt zu verharmlosen und zu vertuschen.

"Meine alten Gegner wollen mich fertigmachen, aber in Wirklichkeit den SED-Forschungsverbund treffen", erklärt Rabehl und entschuldigt sich damit, daß er nicht gewußt habe, wie die "Danubia" politisch ausgerichtet sei. Schließlich sprach ihn auch ein Mitglied des "Hofgeismarer Kreises" an. Daß diese Jungsozialisten die nationalsozialdemokratischen Traditionen aufrechterhalten, sei ihm desweiteren nicht bekannt gewesen. Vermutlich ging **Sascha Jung**, Initiator des "Hofgeismarer Kreises" und Chargierter der "Danubia", auf ihn zu.



*Bernd Rabehl*

Aber außer Unwissenheit führt Rabehl auch noch Wissen zur Entschuldigung an: Schon bei der Entstehung der APO in den 60er Jahren habe die nationale Frage vor allem in der von ihm und Rudi Dutschke vertretenen Strömung eine große Rolle gespielt. Der Protest sei hauptsächlich antiamerikanisch und antirussisch gewesen.

"Rudi zum Fürsprecher einer nationalrevolutionären oder gar linksfaschistischen Bewegung zu machen", sei eine "absurde und bittere Verdrehung", sagt Gretchen Dutschke-Klotz zu Rabehls Äußerungen. Es gebe zwar laut der Ehefrau des 1979 verstorbenen Dutschkes, "wirklich einige Sachen (von Dutschke; Anm.d.Verf.) zur nationalen Frage, die mißverstanden werden können". Dutschke habe vom "Verlust deutscher Identität geredet, welche er teilweise auf den Faschismus, teilweise auf die Amerikanisierung zurückführte". Aber man müsse "seiner Worte schnell ihrer emanzipativen und sozialistischen Ziele entledigen", um "daraus einen rechtsradikalen, nationalen Chauvinismus zu machen. Rudi wäre entsetzt." Funke räumt indes ein, daß in der übersteigerten antiimperialistischen Rhetorik bei manchem APO-Aktivisten nationalrevolutionäre Anklänge zu hören waren.

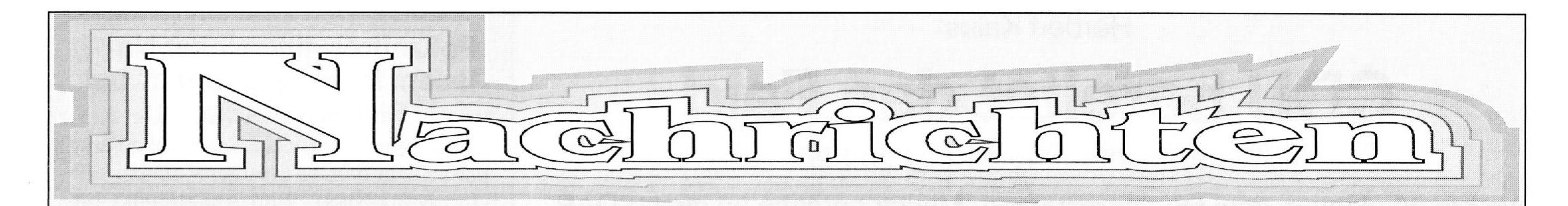
Mittlerweile wehren sich ehemalige SDS-Genossen gegen die nachträgliche nationalistische Umdeutung und posthume Vereinahmung Dutschkes für die "nationalrevolutionäre Sache". In einem Aufruf "Nationalisten waren wir nie", stellen unter anderem Ekkehardt Krippendorf und Gisela Richter klar: "Wir lehnen die Verfälschung unserer politischen Geschichte mit nationalistischen Erklärungsmustern mit aller Entschiedenheit ab".

## Direktor des Revisionisten-Institutes ist Scientologe

Daß **Tom Marcellus**, Direktor des Institutes for Historical Review (IHR), Scientologe ist, scheint im Widerspruch zum Habitus der Sekte zu stehen. Dies behauptet das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz in einer Broschüre über den angeblichen Geheimdienst der Sekte.

Die Aussage steht im Zusammenhang mit der Darstellung einer Kampagne von Scientology gegen den Aussteiger Robert Vaugh Young. Die Sekte verbreitete ein Flugblatt, das Young zusammen mit dem ehemaligen IHR-Direktor **Willis Carto** zeigt. Von Young dürfte die Information über Marcellus stammen.

Auf den jährlichen Tagungen des IHR finden sich „Revisionisten" im engeren Sinne, zumeist selbsternannte „Historiker", die den Holocaust anzweifeln und nicht selten gänzlich bestreiten. Aber auch Verbindungen zu Revisionisten im weiteren Sinne finden sich in ihrem Umfeld, so erschien z.B. in der Instituts-Zeitschrift „Journal of Historical Review" ein Interview mit **Ernst Nolte**. Nolte wurde in den 80er Jahren bekannt durch den sog. Historikerstreit. Marcellus war bereits früher in Erscheinung getreten, als das IHR einen „Wettbewerb" ausschrieb, bei dem derjenige, der die Vergasung von Juden im NS-Staat beweisen könne, 50.000 US-Dollar erhalten sollte. Einem Rechtsanwalt eines Überlebenden von Auschwitz gegenüber schlug Marcellus als Experten für die Berwertung **Robert Faurisson**, **Arthur Butz** und **Ditleib Felder** vor - alle drei sind einschlägig bekannte Revisionisten im engeren Sinne. Marcellus beklagte auch, daß der „Holocaust-Mythos" zum Absinken des „Selbstbewußtseins bei Menschen weißer Hautfarbe" führe.




## GfP-Kongreß

Die „Gesellschaft fü Freie Publizistik" (GFP) wird ihren diesjährigen Kongreß zum Thema „Deutschland und Europa. Erneuerung statt Völkertod!" vom 16. bis zum 18. April 1999 im Raum Südostniedersachsen durchführen. Anmeldungen für den alljährlichen Kongreß sind noch bis zum 15. März möglich. Mit der Organisation ist **Jürgen Schützinger**, ehemaliger Funktionär der NPD und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat", betraut. Die GFP wurde 1960 von rechtsextremistischen Verlegern, Publizisten, und Schriftstellern gegründet und gilt dem Verfassungsschutz als „mitgliederstärkste rechtsextremistische 'Kulturvereinigung'" mit rund 400 Mitgliedern. Zu den Referenten der Jahreskongresse gehören, oftmals prominente, Vertreter der gesamten rechtsextremen Szene der Bundesrepublik. Am letztjährigen Kongreß „Mut zur Freiheit. 1848-1998: 150 Jahre Kampf um Selbstbestimmung und Einheit" hatten der ehemalige baden-württembergische NPD-Landtagsabgeordnete **Karl Basler**, der ehemalige NPD-Funktionär Dr. **Felix Buck**, der emeritierte Politikwissenschaftler und akademische „Anti-Antifa"-Experte **Hans-Helmuth Knütter**, der rechtsextreme Multifunktionär **Harald Neubauer**, Bundeswehrleutnant a.D. Dr. **Claus Nordbruch**, der einstige FPÖ-Funktionär Dr. **Otto Scrinzi**, der rechtsextreme Brigadegeneral a.D. **Reinhard Uhle-Wettler** und der ehemalige Bundesvorsitzende des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes" Rechtsanwalt Dr.Dr. **Thor von Waldstein** als Referenten teilgenommen. „Mut zur Freiheit" lautet auch der Titel eines Buches („Mut zur Freiheit - Ruf zur Ordnung") von Rechtsanwalt **Klaus Kunze**, einstiger Aktivist des rechten „Ring Freiheitlicher Studenten" und der „Republikaner". Der Burschenschafter Kunze, er referierte 1996 beim GFP-Kongreß, wie auch sein Heimverlag („Heikun-Verlag") verzichteten jedoch auf juristische Konsequenzen gegenüber der GFP. „Der GFP-Vorstand bedauert, daß die Kongreßbroschüre 1998 den gleichen Titel bekommen hat, und dankt Herrn Kunze wie seinem Verlag".

## HNG-Gefangenenliste

In der Januar-Ausgabe der „HNG-Nachrichten" findet sich auf der Gefangenenliste unter der Rubrik „Briefkontakt wünschen" auch **Lutz Schillok** (35) als neuer Gefangener. Die „HNG-Nachrichten" werden von der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) herausgegebenen. Schillok hatte zusammen mit dem 28jährigen **Detlef Nolde**, geborener **Cholewa**, von der „Kameradschaft Treptow" im April 1997 zwei „Kameraden" von der „Kameradschaft Elbe-Ost" im Streit erstochen. Die Hintergründe der Tat blieben dabei im Dunkeln. Schillok und Nolde waren vor deren Verbot in der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) organisiert. Das Landgericht Berlin verurteilte im November 1997 Schillok wegen Totschlags in zwei Fällen zu einer 14jährigen Haftstrafe. Der mitangeklagte Nolde wurde wegen gefährlicher Körperverletzung für zwei Jahre und sechs Monate ins Gefängnis geschickt. Außer Schillok befinden sich weitere illustre rechtsextremistische Gewalttäter wie **Bendix Wendt**, **Kay Diesner** sowie der zum Islam konvertierte **Steven Smyrek** auf der Gefangenenliste der braunen Knasthilfe HNG.

## Nazi-Klamotten

Der zweite Katalog des neonazistischen „Sturm Verlag" liegt seit kurzem vor. Nach längerer Pause, die vor allem mit den Auseinandersetzungen um den im Mai vergangenen Jahres geschlossenen Laden „Hehl´s World" entschuldigt wird, können die „Kameraden" wieder das gewohnte Sortiment aus „T-Hemden und Sweat-Hemden" sowie Fahnen, Kalendern und Steinkrügen bestellen. Der „Sturm Verlag" will ebenfalls ins das Geschäft mit den rechten Tönen einsteigen und sucht nun „Bands zum Produzieren." Die erste Ausgabe des Kataloges vom Dezember 1997 wurde noch über die Postfachadresse von **Christian Hehl** in Ludwigshafen vertrieben, doch wurde der neonazistische Skinhead und JN-Funktionär in der Zwischenzeit mit einem Gewerbeverbot belegt. Der Versandhandel des „Sturm Verlag" ist von Rheinland-Pfalz nach Baden-Württemberg ausgewichen. Die neue Adresse ist in Forst bei Bruchsal (Landkreis Karlsruhe) beheimatet. Hehli, so sein Spitznamen, selbst kellnert derzeit in der Gaststätte „Bauhütte" im Ludwigshafener Stadtteil Oppau.

## Neonazi-Aufmärsche in Magdeburg und Angermünde

Trotz großer Gegenmobilisierung gelingt es der NPD mit der Unterstützung anderer Nazigruppen größere Aufmärsche zu organisieren. Unter dem Motto „Keine deutschen Pässe für Ausländer" rief der NPD-Landesvorsitzende Sachsen-Anhalt, **Steffen Hupka**, für den 27. Februar zu einer Demonstration nach Magdeburg auf. Rund 600 Anhänger der NPD, der „Freien Nationalisten", des Skinhead-Netzwerkes „Blood and Honour" und Gruppen wie die „Kameradschaft Klötze" skandierten Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS", ohne daß die Polizei einschritt. Maßgeblich an der technischen Koordination war nach Erkenntnissen von AntifaschistInnen die Neonazigruppe „Selbstschutz Sachsen-Anhalt" beteiligt. Diese Gruppe ist in der Vergangenheit mehrfach durch kriminelle Aktivitäten in Erscheinung getreten.

Zeitgleich fand eine weitere NPD-Demonstration in Angermünde, nordöstlich von Berlin, statt. Hier marschierten rund 150 Nazis unter dem Motto „Gegen Drogen und linke Gewalt" auf. Beide Nazidemonstrationen wurden anfänglich verboten, konnten allerdings vor Gericht durchgesetzt werden. Der Sprecher des Magdeburger „Arbeitskreis Antifaschismus", Phillip Stein, kritisierte vor diesem Hintergrund das Verbotsprocedere der Polizei: „Die Erfahrung von Rostock und Leipzig zeigt, daß Verbote mit der Begründung des Polizeinotstandes vor den Gerichten keinen Bestand haben. Verbote müssen umfassender begründet werden."

Erfreulich: An den antifaschistischen Gegendemonstrationen nahmen mehr als 2.000 Menschen teil.



Herbert Kalus

# CDU bereitet das Feld

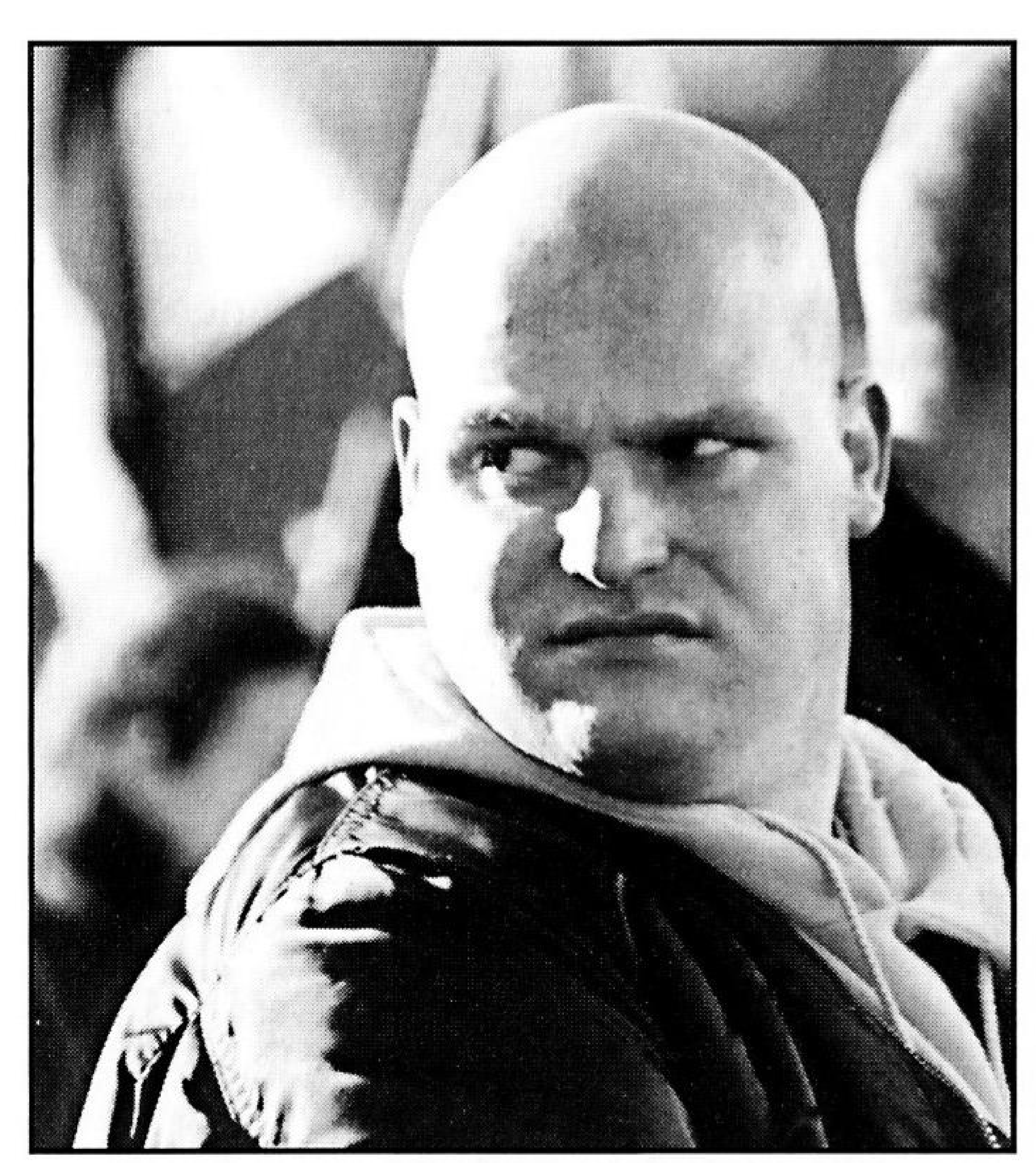
## „Wehrmachtsausstellung“ in Kiel

**Als am 30. Januar, dem 66. Jahrestag der Machtübergabe an die NSDAP, rund 1.000 Alt- und Neonazis in Kiel aufmarschierten, konnten sie sich dabei auch auf eine massive Kampagne der Kieler CDU gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" stützen.**

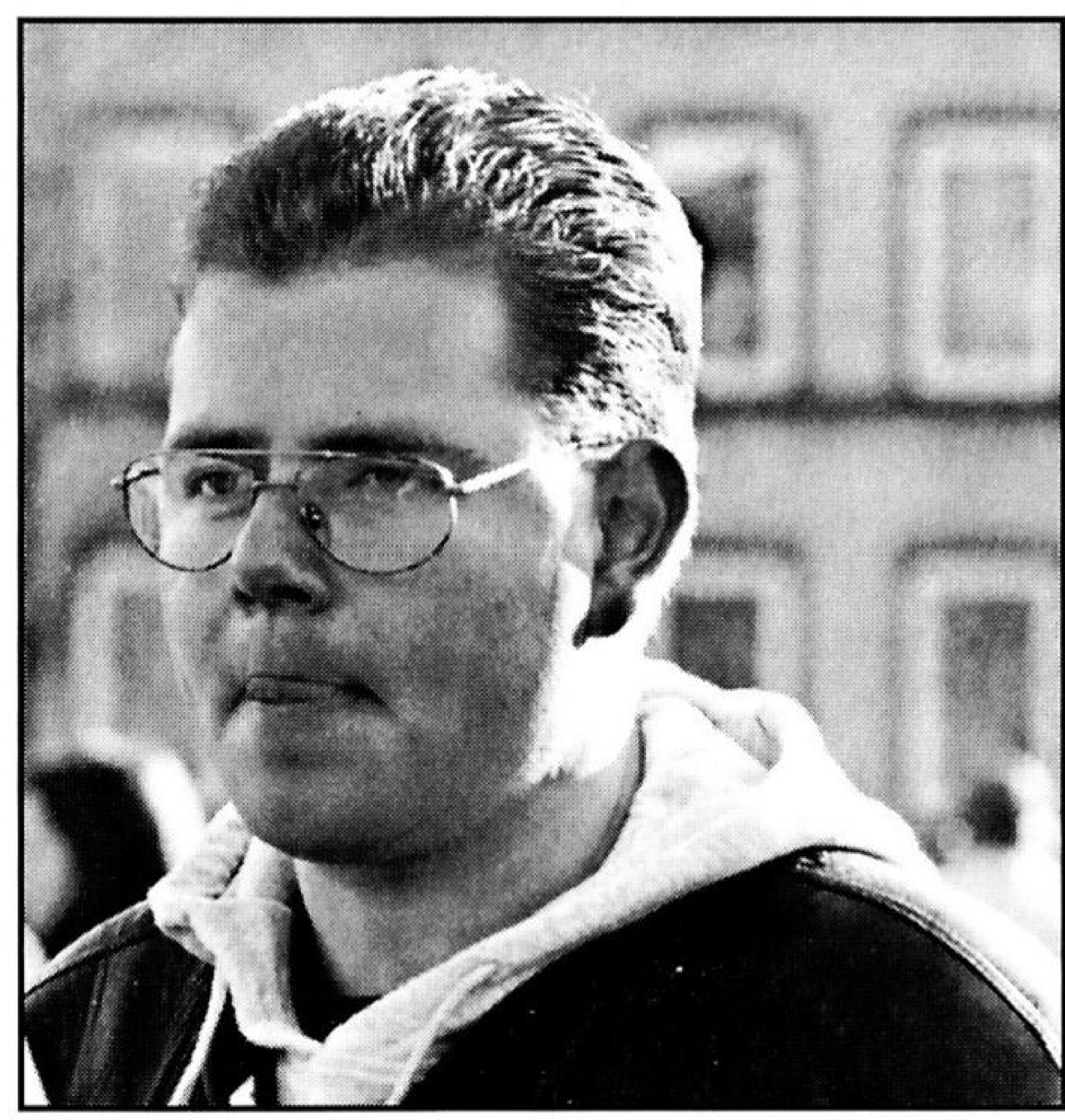
Bereits vor der Eröffnung der Ausstellung im Kieler Landeshaus versuchte die CDU die Ausstellung über Wehrmachtsverbrechen zu diffamieren. Dabei schreckten CDU-Politiker nicht vor persönlichen Beleidigungen zurück. Den Ausstellungsleiter Hannes Heer titulierte die CDU in einer Broschüre als "dubiose Gestalt", dem Ehrenvorsitzenden der CDU Schleswig-Holstein, **Gerhard Stoltenberg**, mußte gerichtlich untersagt werden, die Ausstellungsmacher als "Fälscher" und "Lügner" zu bezeichnen.

Daß die "Christdemokraten" nicht nur argumentativ in die Nähe von Rechtsradikalen rückten, zeigte sich auch an einer Veranstaltung der "Jungen Union" in Bad Segeberg. Dort wurde als Referent der ehemalige Brigadegeneral **Reinhard Uhle-Wettler** präsentiert, ein bei neofaschistischen Gruppen und Zeitschriften gern gesehener Gast. Im Gegenzug trat dafür bei der rechtsradikalen "Staats- und Wirtschaftpolitischen Gesellschaft", deren Vorsitzender Uhle-Wettler ist, der Kieler CDU-Politiker **Uwe Greve** als Diskussionsleiter auf.

Mit Parolen wie "Unsere Großväter waren keine Verbrecher" und "Für die Ehre der Deutschen Wehrmacht" bewegten sich die neofaschistischen Demonstranten am 30. Januar dann auf dem von der CDU ideologisch vorbereiteten Terrain. Überrascht waren die rund 1.000 TeilnehmerInnen des Nazi-Aufmarsches aus dem Umfeld der "Jungen Nationnaldemokraten", der "Freien Nationalisten" und des "Bündnis Rechts" aber über den breiten Widerstand, der ihnen in Kiel entgegenschlug. 2.500 AntifaschistInnen demonstrierten in der Kieler Innenstadt gegen den braunen Aufmarschversuch. Nachdem der Großteil der antifaschistischen Demonstration von der vorgegebenen Route abwich und den Nazis den Weg verlegte, mußten diese auf kleine Nebenstraßen ausweichen. Aber auch hier schlug ihnen die Empörung von AntifaschistInnen entgegen. Immer wieder wurde der Zug der Nazis - auch physisch - attackiert, Straßenbarrikaden versperrten ihnen den Weg. Schließlich mußten die Wehrmachtsjünger, unter denen sich u.a. **Christian Worch**, **Friedhelm Busse** und der frühere DVU-Landtagsabgeordnete **Ingo Stawitz** befanden, den Aufmarsch abbrechen und an ihren Ausgangsort zurückkehren. Nach Reden von Worch, **Thorsten Heise** (Freie Nationalisten), **Alexander von Webenau** (JN) und **Heinz Mahncke**, der über seine Freiwilligenzeit bei der Waffen-SS berichtete, mußte sich der "Nationale Widerstand" wieder aus Kiel zurückziehen.



*Auch Markus Eckel aus Kassel versuchte in Kiel gegen die „Wehrmachtsausstellung" zu demonstrieren*



*Der Neonazi Jörn Lemke aus Lübeck beim gescheiterten Aufmarsch in Kiel*

Fragen tauchten allerdings bei der Bewertung des Polizeieinsatzes in Kiel auf. Während Polizeichef Tanck den Einsatz unmittelbar danach als erfolgreich einschätzte, überraschte der schleswig-holsteinische Innenminister Wienholtz - unter Hinweis auf "die massiven Kieler Krawalle" - mit dem Vorschlag, länderübergreifende polizeiliche "Greiftrupps" und "Festnahmezüge" zu schaffen. Diese "Spezialeinheiten" aus Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sollen dann gegen "extremistische Demonstranten" eingesetzt werden. Die "Gegenspieler" dieser "speziell geschulten und ausgerüsteten Kräfte" machte Wienholtz deutlich, wenn er laut "Welt" betont, daß das Neonazi-Spektrum sich trotz martialischer Aufmachung "hochgradig rechtstreu" verhalte.

### Polizeifreiwillige leitet Naziladen, Beamte „jobben“ bei Sicherheitsdienst

Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt hat sich mitten in Stuttgarts Innenstadt ein „Army-Shop“ zum Anlaufpunkt für Nazi-Skins, rechte Hooligans und andere Neofaschisten entwickelt. Zwischen „PitBull“- und „Troublemaker“- Klamotten, Tarnhosen und Bomberjacken wurde Nazipropaganda von rassistischer Skinhead-Musik („Endstufe“, „Kroizzug“, „Störkraft“, „Triebtäter“, ...) über „White Power“-Shirts bis hin zu Büchern über die „Germanische SS“ angeboten. Daß der „American Store“ - so der etwas irreführende Namen des Ladens - diese Artikel inzwischen aus dem Sortiment genommen hat, ist in erster Linie der Öffentlichkeitsarbeit der „Autonomen Antifa Stuttgart“ zu verdanken. Sie hatte in einem Flugblatt aufgefordert, dem Inhaber zu zeigen, daß es sich nicht lohnt, mit Nazi-Propaganda Geld zu verdienen. Ziel war es, so lange Druck auf den „American Store“ auszuüben, bis der Laden aufgibt oder zumindest die rechten Artikel aus dem Angebot nimmt. Dies ist mittlerweile geschehen - wohl auch, weil die Schaufensterscheiben des Ladens eingeworfen wurden.

Der Fall hat mittlerweile jedoch weitaus größere Dimensionen angenommen: Besitzer des „American Store“ sowie der Filialen in Reutlingen und Augsburg ist **Peter Keupp**, ein Militariagroßhändler aus Engstingen. Ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Tübingen gegen Keupp, wegen „Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole“, wurde im April 1998 aufgrund „nicht hinreichenden Tatverdachts“ eingestellt. Die Geschäfte in Stuttgart führt seine Tochter **Heike Keupp**. Sie ist als „Polizeifreiwillige“ registriert, derzeit jedoch nicht im Einsatz. Außerdem gehört ihr die Firma „XXL-Sicherheit“ in Stuttgart-Vaihingen. Allerdings nur pro forma, denn der eigentliche Chef ist ihr Lebensgefährte X. Das Versteckspiel um diese Firma hat einen guten Grund: X. ist hauptberuflich Polizeibeamter bei der Stuttgarter Hundestaffel. Eine Nebentätigkeit bei einem Sicherheitsunternehmen ist ihm in dieser Eigenschaft gesetzlich untersagt. Gegen ihn und mindestens zehn weitere Beamte, die für „XXL“ tätig waren, laufen inzwischen interne Ermittlungsverfahren. X. selbst hat Ende Januar einen Antrag auf Entlassung aus dem Dienst gestellt.

Der polizeipolitische Sprecher der „Grünen“ im baden-württembergischen Landtag hat mittlerweile das Innenministerium aufgefordert, „die Nähe des freiwilligen Polizeidienstes zur rechten Szene“ zu untersuchen. Und selbst die Stuttgarter Polizeiführung fand im Zusammenhang mit der Affäre ungewöhnlich deutliche Worte: diese Umtriebe gehörten „ausgemerzt“, so ein Kommentar.

Christian Christians

# 3 Bücher zum Mythos „Weltverschwörung“

Weltverschwörungsmythen, sowohl als Wahnsystem wie auch als Propaganda, sind ein altes Phänomen, bisher in der kritischen Literatur aber kaum beachtet. Ob im Kampf gegen die Französische Revolution, zur Diffamierung der Aufklärung oder als Propaganda der Nazis, häufig diente der Verschwörungsmythos einem politischen Ziel.

Das Thema Verschwörungstheorie bzw. -mythos wurde bisher zumeist als Unterthema im Bereich Antisemitismus behandelt. Wo dies nicht der Fall war, kamen Veröffentlichungen meist von rechts. Das grundlegende Werk zur Geschichte des Verschwörungsmythos stammt von **Johannes Rogalla von Bieberstein**. Es erschien erstmals 1976 und wurde 1992 vom anthroposophischen Verlag „Flensburger Hefte“ neuaufgelegt. Seine Artikel in der Zeitschrift Criticón über die politische Linke haben zumeist selbst einen verschwörerischen Unterton.

**Armin Pfahl-Traughber** benutzt in seinem Buch „Der antiseminitisch-antifreimaurerische Verschwörungsmythos in der Weimarer Republik und im NS-Staat“ den Ausdruck Verschwörungsmythos, da die häufig genutzte Bezeichnung „Theorie“ „eine rationale Komponente“ hat. Das Autorentrio Eduard Gugenberger, Franko Petri und Roman Schweidlenka bezeichnet den Terminus „Weltverschwörungstheorie“ als „irreführend“, da es sich hierbei um „absurde Fiktionen“ und nicht um „Theorie“ handele. Es stellt sich die Frage, warum ihr Buch den Titel „Weltverschwörungstheorien“ trägt. Daniel Pipes bezeichnet den Begriff „Verschwörungsmythos“ in einer Fußnote als „hilfreicher“, verwendet ihn jedoch nicht.

## Leninismus als Weltverschwörung

Der US-amerikanische Nahostexperte **Daniel Pipes** bezeichnet „exakte Termini und präzise Begriffe“ in seinem Buch „Verschwörung - Fazination und Macht des Geheimen“ als „wichtig“. Daher definiert er wild drauflos. Antizionismus ist für ihn die Verurteilung von „jüdischen Nationalisten“ wegen „schlechten Verhaltens“, und „Extremismus“ ist, „eine Idee bis zu einem übertriebenen Punkt weiterzutreiben“. Ebenso pseudo-wissenschaftlich ist die Grundlage seiner Argumentation. Er unterscheidet Verschwörungen als reale Erscheinung und Verschwörungstheorien als aus Angst befürchtete Verschwörung. Weiterhin unterscheidet er Lokal- und Weltverschwörung bzw. -verschwörungstheorie.

Die Lokalverschwörung hat nur ein begrenztes Ziel, während Weltverschwörung nach „globaler Macht“ und „nach einer Veränderung der Prämissen menschlicher Existenz“ trachtet. Diese ungewöhnliche Definition dient ihm zur Behauptung, daß der „Leninismus“ eine „Weltverschwörung“ sei. Lenin, so Pipes, „wetterte“ „trotz der freundlichen Umwelt“ gegen Kapitalisten und Imperialisten, womit er Weltverschwörungstheorien verbreitete. Auch gebe es keine Ausbeutung der „Dritten Welt“, sondern das Ergebnis einer zu frühen Unabhängigkeit und deren „Sprung (...) in den Sozialismus“. Eine andere Behauptung sei eine Verschwörungstheorie. Die antikommunistische Paranoia der McCarthy-Ära in den USA der 50er und 60er Jahre rechtfertigt Pipes, indem er behauptet, daß sich „tatsächlich“ ein „breites Spektrum von Amerikanern in hohen Positionen (...) beinahe ungestraft in Untergrundzellen organisierten und an Spionage für Moskau und anderen Verschwörungsformen beteiligten“. Das Vorgehen von McCarthy stellt er ansonsten als übertrieben dar.

Pipes will angeblich über Verschwörungstheorien aufklären. Tatsächlich rettet er den Mythos von der kommunistischen Weltverschwörung über das Ende des kalten Krieges hinaus. Sein Buch ist durchgehend wirr, ungeordnet und entbehrt jeder Wissenschaftlichkeit. Interessant ist, daß der Verlag, der das Buch in der deutschen Übersetzung herausgebracht hat, zur „Gerling Akademie“ gehört, eine Einrichtung des gleichnamigen Versicherungskonzernes. Die „Denkfabrik“ der Versicherung ist das persönliche Steckenpferd des Mehrheitsaktionärs und Milliardärs **Rolf Gerling**.

## Esoterischer Mythos

Vor wenigen Jahren sorgten die antisemitischen Esoterik-Bestseller von **Jan Udo Holey** (geschrieben unter dem Pseudonym **Jan van Helsing**) „Geheimgesellschaften“, Band I und II, für Aufsehen. Das österreichische Autorentrio Gugenberger, Petri und Schweidlenka beschreibt in „Weltverschwörungstheorien“ im wesentlichen Holey und sein Umfeld. Der Untertitel des Buches, „Die neue Gefahr von rechts“, täuscht - neu ist dies wahrlich nicht. Die Vorgeschichte wird von den Autoren jedoch umfangreich aufgezeigt. Das Buch ist kaum analytisch; daß Verschwörungsvorstellungen in aggressiver oder weniger aggressiver Art ein inhärenter Bestandteil der Esoterik sind, wird nicht aufgezeigt, sondern im Gegenteil wird behauptet, daß Esoterik „benutzt wird“, um anderes zu verbreiten.

Das Buch von Gugenberger, Petri und Schweidlenka wartet mit einer Vielzahl von Einzelinformationen auf. Leider finden sich hier eine Reihe von Fehlern: so wird z.B. wiederholt fälschlich behauptet, der „Diagnosen Verlag“, bzw. dessen Zeitschrift „Code“, gehöre zur Gruppe von **Lyndon LaRouche**.

Einige Einschätzungen sind äußerst verwunderlich. Einleitend findet sich die Aussage: „Wer auf kein abgeschlossenes Universitätsstudium in Geschichte oder zumindest Politikwissenschaft zurückblicken kann und die seriöse Fachliteratur nicht kennt, muß auf diese Zitationskarusselle vertrauen“. Doch bei den von den Autoren aufgezeigten Verschwörungsmythen ist dies unsinnig; wer z.B. die Bücher von van Helsing liest, braucht Geschichtskenntnisse für den Hausgebrauch, um den hier verbreiteten Wahn zu erkennen. Dies ändert sich auch nicht, wenn sich die Autoren einschlägiger Bücher gegenseitig zitieren.

Andere Einschätzungen sind eher ärgerlich. So z.B. die Behauptung, das Buch „Der Speer des Schicksal“ von **Trevor Ravenscroft** sei „spekulativ“, ist eine Aufwertung dieses inhaltlich kruden Verschwörungsbestsellers. In die Irre führt jedoch die lobende Erwähnung des „Ufoexperten“ **Michael Hesemann** wegen seiner „aufklärerischen Schritte“. Dieser verwies mehrere Male auf die Hintergründe van Helsings und des US-Autoren **Milton William Cooper** - eine der wichtigsten Quellen van Helsings. Doch in der von Hesemann herausgegebenen ufo-esoterischen Zeitschrift „Magazin 2000“ und in diversen Buchveröffentlichungen verbreitet er selbst einen - im Vergleich zu van Helsing milderen - Verschwörungsmythos.

Bücher aus dem „Michaels Verlag“ bzw. deren Verlagsimprints werden vom „Magazin 2000“-Verlag „Argo Publikationen“ vertrieben. Michaels gehört zum engsten Umfeld von van Helsing; deren Verlagsimprints, wie z.B. „Edition Pandora“ und „In der Tat“ verbreiten ähnliche Bücher, die im „Magazin 2000“ zum Teil positiv besprochen wurden. Auf diese Verbindungen weisen die Autoren jedoch nicht hin. **Roman Schweidlenka** war zeitweilig ständiger Mitarbeiter des „Magazin 2000“ für Österreich.

Das Umfeld von van Helsing wird akribisch von den drei Autoren aufgezeigt. Erstaunlich hierbei ist jedoch, daß nicht erwähnt wird, daß van Helsing mehrere Male seitenlange Artikel in der esoterischen Monatszeitung „Die andere Realität“ veröffentlicht hat. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Buch von Gugenberger, Petri und Schweidlenka nur von geringem Wert ist.

## Die Geschichte des Mythos

Der heutige wissenschaftliche Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz Armin Pfahl-Traughber analysiert in seinem Buch die Zeit der Weimarer Republik und des NS-Staates - als der Verschwörungsmythos seinen Höhepunkt hatte. Es ist die erste genauere Untersuchung zu diesem speziellen Thema. Der heutige Wert des Buches liegt darin, daß Autoren und Ideen, die nach wie vor aktuell sind, in ihrem zeitlichen Bezug beschrieben werden. Insgesamt eine detailreiche und genau dokumentierte Arbeit.

*Eduard Gugenberger, Franko Petri, Roman Schweidlenka: „Weltverschwörungstheorien - Die neue Gefahr von rechts“; Deuticke, Wien, München 1998*

*Armin Pfahl-Traughber: „Der antiseminitisch-antifreimaurerische Verschwörungsmythos in der Weimarer Republik und im NS-Staat“; Braumüller, Wien 1993*

*Daniel Pipes: „Verschwörung - Fazination und Macht des Geheimen“; Gerling Akademie, München 1998*

# Neokonservatismus in Deutschland

„Durch Deutschland muß ein Ruck gehen. Wir müssen Abschied nehmen von liebgewonnenen Besitzständen. Alle sind angesprochen, alle müssen Opfer bringen, alle müssen mitmachen“ ermahnte am 26. April 1997 Roman Herzog „die Deutschen“ im Hotel Adlon. Die „Berliner Rede“ des Bundespräsidenten löste überwiegende Begeisterung aus. Doch was sagte „unser“ Bundespräsident eigentlich, und wem erzählte er was? Wohin sollte der Ruck gehen und wer sollte welche Opfer erbringen und für wen?

Die AutorInnen um Helmut Kellershohn nehmen die „Meisterrede“ des neokonservativen Bundespräsidenten zum Anlaß, den Neokonservatismus grundsätzlich zu hinterfragen. Unter der Überschrift „Ruck-wärts in die Zukunft“ beleuchten sie in dem Sammelband die zentralen Aspekte des neokonservativen Projekts und arbeiten heraus, daß immer wieder drei „Erzählungen“ in den neokonservativen Reden wiederkehren. Die erste Erzählung berechnet die Gefahren und Möglichkeiten der Globalisierung und stellt damit die Verwertungs- und Realisierungsprobleme des Kapitals in den Mittelpunkt. Die zweite vermißt den Aktionsraum des Staates, dessen begrenzenden Wände der „Wohlfahrtsstaat“ sei, und die dritte begutachtet die Subjekte, die arbeitenden Menschen und Staatsbürger, für den Wettbewerb, welche nicht „fit“ und „kreativ“ genug seien.

Ausführlich untersucht Brigitta Hunke Herzogs „unverkrampften Umgang mit der deutschen Vergangenheit und Gegenwart“ und zeigt auf, daß für den „Männerbündler“ der 8. Mai 1945 eine Niederlage ist und er dem „Volk eine neue, zweite Identität der Ökonomie“ geben möchte, die „das Individuum eher in halbfeudalen Zuständen nutzbar (... mache; Anm. d.Verf.), eingepaßt in autoritäre Strukturen“.

Im Vergleich mit Ernst Forsthoffs „totalen Staat“ betrachtet Kellershohn Wolfgang Schäubles „schlanken Staat“ und stellt dar, daß sich der Oppositionsführer der Union bei seiner Liberalismuskritik auf die Konservativen Revolution bezieht und seine konservativ-revolutionäre Politik mit völkischen Ideen von der Nation als „Schicksals- und Schutzgemeinschaft“ unterlegt.

Einen Überblick „zum neokonservativen Globalisierungsdiskurs“ geben Stephan Adolphs, Wolfgang Hörbe und Serhat Karaayali. Sie stellen die neokonservativen Wirtschaftskonzepte in Bezug auf die Globalisierung dar und zeigen die innewohnenden nationalistischen und autoritären Anrufungen der Krisendeutung und -lösung auf. Betont wird, daß der Neoliberalismus als wirtschaftspolitischer Kern des Neokonservatismus kompatibel mit anderen Politikprojekten ist.

Den Zusammenhang von „Schlanke Produktion - schlanker Staat - schlanke Menschen“ heben Ursula Kreft und Hans Uske hervor und stellen heraus, daß ein „neuer Menschentyp“ gefordert wird, der durch selbständiges hartes Training gnadenlos wettbewerbsfit ist. Die Folge, nach Kreft und Uske: Grausamkeit und Brutalität wird nicht nur akzeptiert, sondern verlangt. „Auch Sklaverei mag zu Vollbeschäftigung führen, ein erstrebenswerter Gesellschaftsentwurf ist es bestimmt nicht“, schließt Annelie Buntenbach ihre Darstellung zu den „Praktischen Beiträgen der Bundesregierung zur Arbeitslosigkeit“. Zuvor beschrieb sie den Abbau des Sozialstaats der abgewählten Kohl-Regierung.

Thomas Kunz fragt, „was ist 'neo' am konservativem Sicherheitsdiskurs?“, und antwortet, daß „'Einschränkungen des bürgerlichen Gleichheitspostulats zu legitimieren' und 'Grenzen des Anspruchs auf Anerkennung von sozialen Rechten zu bestimmen'“ nicht neo, sondern Klassik des Konservatismus sind. Tiefgehend beschreibt er die verschiedenen Argumentationen und Akteure.

Ausführlich zeichnet Dirk Kretschmer die „neue Bundeswehr als weltweite Friedenstruppe für den Standort Deutschland“ nach und beschreibt die Diskursproduktion der Hardthöhe, die im Namen von Frieden-Freiheit-Menschenrechte den alten deutschen Traum verwirklichen möchte.

Die Entwendungen aus dem Friedensdiskurs machen es auch Joschka Fischer nicht schwer, wieder ins Glied zurückzutreten. Die „Deutsche Europapolitik seit 1898/90“ stellt Holger Kuhr vor. Grundsätzlich arbeitet er die deutsche Politik zwischen EU-Integration und Renationalisierung heraus und stellt fest, daß nicht ein europäisches Deutschland, sondern ein deutsches Europa sich abzeichnet.

Kurz gehen Ulla Jelpke, Katina Schubert und Mark Holzberger auf die europäische Innenpolitik ein und stellen das Fehlen jeglicher Demokratie bei der theoretischen Entwicklung und praktischen Umsetzung seit dem Schengener Abkommen fest. Von einem emanzipatorischen Zielvorhaben dürfte man schon gar nicht reden.

Alle AutorInnen kommen zu dem Ergebnis, „daß man von einer Radikalisierung des Neokonservatismus sprechen kann. Nur ein ebenso radikaler Politikwechsel (... könnte; Anm. d.Verf.) die geschaffenen Fakten, Strukturen und Überzeugungen im Sinne einer fundamentalen Demokratisierung von Staat und Gesellschaft“ umwandeln. Gerhard Schröders Wahlspruch, „Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser“, ließ ahnen, daß ein solcher Wechsel nicht zu erwarten war. Längst offenbart die rot-grüne Bundesregierung, wieviel neokonservative Lösungsansätze sie verinnerlicht hat, und die „Zivilgesellschaft“, wie gefestigt die neokonservativen Denk- und Verhaltensmuster sind. Worauf die AutorInnen, mit Sprachwitz und -biß, in ihren differenzierten Analysen auch immer wieder hinweisen.

Der Sammelband ist nicht nur hilfreich, um die Entwicklung der Unionsparteien zu beurteilen, sondern auch dazu dienlich, die Entfaltungen der Regierungsparteien einzuschätzen.

**Jos Anders**

*Annelie Buntenbach, Helmut Kellershohn, Dirk Kretschmer (Hg.): Ruck-wärts in die Zukunft - Zur Ideologie des Neokonservatismus, DISS, DM 28,-*